

53. Jahrgang

4-2020

€ 5,00

STIMMUNGEN *
AUSEINANDERSSETZUNGEN

AMMOS

erscheint aus guten Gründen seit 1968 im Ruhrgebiet



immer duster
vor der Hacke

S. 72

Inhalt

Kolumnen

- 3** Hermann Schulz
Verluste
- 4** Wolfgang Belitz
Schlusslicht

SCHWERPUNKT: Stimmungen + Auseinandersetzungen

- 5** Robert Bosshard
Ein Rückblick zum Ende der Kohlekrise an der Ruhr als Aufruf zur Wiedereinführung basisdemokratischer Prozesse
- 6** Ulrich Grober
Vor der Hacke ist es duster.
- 7** Philipp van Sprang
Schulstreik in Corona-Zeit
Wie und warum es weiter gehen muss
- 8** Wilhelm Neurohr
Die Zukunft liegt im Norden?
Erfahrungen eines ehemaligen Stadtplaners
- 10** Sebastian Müller
100 Jahre her – die Gründung des RVR
- 10** Peter Strege
Gebären
- 11** Ingrid Krau
Reisebotschaften aus dem nördlichen Revier
- 12** Marion Lillig
Zivilgesellschaft notwendig für Schutz der Geflüchteten
- 14** Christoph Keienburg
„Wo wir sind, ist vorne.“
- 16** Ulrike Nefferdorf / Ulla Rothe / Wolfgang Dominik
„RETTEN STATT REDEN“
- 17** Richard Kampmeier / Tabea Platthoff / Vanessa Parc / Miriam Schmidt
Corona und Soziale Arbeit – Herausforderungen für Studierende und Mitmenschen in der Pandemie
- 19** Andreas Müller
Der Staub von 41 Jahren –
Ein Nachruf auf über 40 Jahre Gefangenearbeit

Menschenorte 46

- 21** Peter Strege
Der Wildhüter der Schachanlage HANSA

1wurf

- 22** Einhard Schmidt-Kallert
Können wir noch miteinander reden?

Palästina

- 23** Hans-Jürgen Abromeit
Keine Alleinvertretungsansprüche im jüdisch-christlichen Dialog

Impressum ...	Seite 9
Abo-Bestellschein ...	Seite 21
Lesetipps ...	Seiten 3, 5, 7, 15, 18, 20
Anzeige KD-Bank	Seite 2
Anzeige Westfälisches Dampfboot ...	Seite 18
Anzeige Peter Hammer Verlag ...	Seite 24

Editorial

Liebe Lesende,
wir sind froh, auch unter verschärften Bedingungen ohne Redaktionstreff am runden Tisch dies Heft fertig gestellt zu haben. Wir lernen mit „Meet“ am Computer umzugehen und hoffen in 2021 wieder auf lebendige Treffen. In jedem Fall Dank an die buntStift-Menschen in Bochum, die uns so lange wie erlaubt ihren Gemeinschaftsraum zur Verfügung gestellt hatten!

Das Bergmannswort „Vor der Hacke ist es duster“ inspirierte unsere diesmalige Illustratorin Johanna Ries* zum Titelbild. Auch wenn es keinen Bergbau mehr im Revier gibt: das Wort gilt irgendwie immer.

Unser Heft mit dem Thema „Stimmungen + Auseinandersetzungen“ rückt zum einen dem nördlichen Ruhrgebiet etwas näher auf die Pelle, Kritik und Chancen für die dort Lebenden eingeschlossen. Das zweite wichtige Thema ist die Lage der Geflüchteten. Dabei dringen wir auf Wirkung und Kritik an den Zuständen in den Unterkünften. Und StudentInnen der Ev. Hochschule Bochum blicken auf die oft Vergessenen, die insbesondere unter den Corona-Beschränkungen leiden. Fortsetzung folgt.

In diesem AMOS erscheint zum letzten Mal die Kolumne von Wolfgang Belitz. Den Abschied von seinen kritischen und aufmerksamen Berichten auf Seite 4 aus der oft unheil(ig)en Welt der Kirche und ihrer Institutionen bedauern wir und danken ihm sehr! Seit 1970 Sozialpfarrer der Ev. Kirche von Westfalen, hat Wolfgang Belitz ab 1998 in jedem AMOS eine Kolumne geschrieben. Unabhängig, sozial-kritisch, zwar mit kirchlichem Anspruch, aber nichts „Amtskirchliches“, sondern „Befreiungskirchlich“, wie er selbst schreibt. – Wir danken Wolfgang Belitz auch für die Solidarität, die 1972/73 der ESG Bochum, Hartmut Dreier als damaligem Studentenpastor und dem noch jungen AMOS-Projekt galt. Die ESG und der Studentenpastor blieben! Was wäre sonst aus AMOS geworden? Und hätte es dann Wolfgang Belitz' Kolumnen gegeben? Glück gehabt! Danke!

Dank an Einhard Schmidt-Kallert für zwei Jahre „1Wurfe“! Wir freuen uns, wenn er auch jenseits dieser Rubrik mit seinen Erfahrungen im AMOS erscheinen kann.

Unsere Jahresbeilage besteht diesmal aus einem „Neuen Kalender“ – ein Vorschlag, die Welt ein bisschen übersichtlicher zu machen? Man wird sehen. Der Autor und wir freuen uns auf Reaktionen.

Wir bleiben unabhängig von „Lockdown“ auch im nächsten Jahr „Up“ dabei und wünschen friedliche Festtage!

* Johanna Ries, Jg. 1991, Marl, Illustrations-Studium an der Münster School of Design, spezialisiert auf die Bereiche Buch- und Sachillustration. s. auch den Lesetipp auf S. 5



Wir sind Ihre Bank.

Als kirchliche Selbsthilfeeinrichtung bieten wir Institutionen aus Kirche und Diakonie aber auch Privatkunden das gesamte Produktspektrum einer modernen Bank an. Seit über 90 Jahren.

Wir beraten Sie gern.



Bank für Kirche und Diakonie eG - KD-Bank
www.KD-Bank.de ■ Fon 0231 58444-0 ■ Info@KD-Bank.de

Hermann Schulz

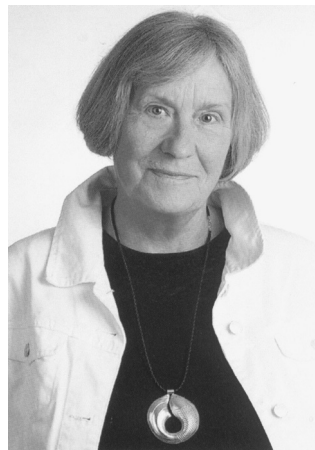
Verluste

Über den Wuppertaler Autor Karl Otto Mühl, in den 70er Jahren der Shooting-Star der deutschen Theaterszene, habe ich schon früher in AMOS geschrieben. Nun ist er im Alter von 97 Jahren gestorben. Mit ihm verliere ich den wichtigsten Freund in dieser Stadt.

Wenige Wochen später starb die von mir sehr geschätzte Autorin Dorothea Müller, für deren letztes Buch ich noch das Nachwort verfassen durfte. („Einmal reicht! Stationen eines Lebens“, NordPark Verlag. Lesetipp rechts unten)

Mit beiden hatte ich noch am Tag vor ihrem Sterben persönlichen Kontakt, immer in der Hoffnung, sie würden die Krise noch einmal bewältigen und noch eine Zeitlang bei uns bleiben.

Dorothea war eine Kämpferin! Ich lernte sie in einem türkisch-deutschen Kulturzentrum in Duisburg kennen, da machte ich selbst die ersten Gehversuche als Autor erzählender Literatur. In Duisburg bekam ich einen Begriff davon, was soziales Lernen in multi-



kulturellen Bezügen bedeuten kann: Dorothea Müllers Umgang mit Kindern aus türkischen, arabischen oder afrikanischen Familien war von der Stunde an für mich vorbildlich! Da gab es kein Dozieren, sondern nur Gespräch und sensibles Eingehen auf die fremden Lebensgeschichten. Ihr gelang es, die Kinder in ihre Rechte zu setzen und ihr beschädigtes

Selbstwertgefühl zu stärken.

Später, vor drei Jahren, haben wir gemeinsam mit anderen Autoren Schreibworkshops auf Initiative der Wuppertaler Bühnen mit syrischen Flüchtlingen gemacht. Auch daraus ist ein Buch entstanden: „In unserer Mitte. Gespräche mit syrischen Geflüchteten“, ebenfalls NordPark Verlag.

Diese Frau hat sich trotz ihrer gesundheitlichen Einschränkungen ein Leben lang engagiert, auch im VS (Verband deutscher Schriftsteller), wo sie wie kaum jemand sonst auf der politischen Rolle der Autoren bestanden hat.

Ebenso schwer wiegt (nicht nur für mich) der Verlust von Karl Otto Mühl. Eigentlich war es ein Wunder, dass wir vor rund 30 Jahren Freundschaft geschlossen haben: Er verstand nichts von Brieftauben und hatte nie ‚unter Tage‘ gearbeitet; ich war nie in Kriegsgefangenschaft und hatte niemals versucht, in aller Welt Haken und Ösen aus Wuppertal zu verkaufen.

Er war ein unglaublicher Kommunikator! Gebürtig aus Nürnberg, kam er als Fünfjähriger aus beruflichen Gründen seines Vaters mit seinen Eltern nach Wuppertal.

Einige Jahre lang leiteten wir gemeinsam mit Wolf von Wedel den Schriftstellerverband. Mühl brachte aus Frankfurt die Idee mit, regelmäßig in Altenheimen Lesungen zu veran-

stalten. Mit Autoren und Typen aus verschiedenen Berufen (Banker, Ingenieure, Lehrerinnen und Lehrer) erwuchs eine „Frühstücksrunde“, die ohne irgendeine Regie lebendig existierte, bis Corona solche Zusammenkünfte unmöglich machte.



Karl Otto Mühl und Hermann Schulz in der Werkstatt von Peter Hohberger

Bis zu seinem Lebensende arbeitete er an neuen Büchern: Romanen, Gedichten, autobiografischen Geschichten und Erinnerungen. Die Sammlung „Mein Leben als Greis“ wird in diesen Tagen erscheinen. Der Wuppertaler Philosoph Andreas Steffens hat über Mühl und seine Bedeutung einen stark analytischen Artikel geschrieben, der weit über das Biografische, auf das ich mich beschränke, hinausweist. Den Text vermittele ich gern per Mail an Interessierte.

Karl Otto Mühl hinterlässt seine Witwe Dagmar, drei Töchter und zwei Enkelkinder – und einen sehr großen Freundeskreis. Seine Anteilnahme an meinem Schreiben und die Gespräche mit ihm fehlen mir schon jetzt.

Hermann Schulz lebt als Rentner und Autor in Wuppertal.

Lesetipp

Dorothea Müller
Einmal reicht! Stationen eines Lebens

Wuppertal 2020, NordPark Verlag,
112 Seiten
ISBN 978-3-943940-66-4

Einmal reicht!
Das ist das Fazit aus Erfahrungen eines Lebens. Mit Ironie, Humor und Lebensmut erzählt Dorothea Müller von alltäglichen Kämpfen und dem Überleben in schwierigen Verhältnissen. Vergangenheit und Gegenwart persönlicher Erlebens spiegeln zugleich die Lebenswirklichkeit einer Generation, die Kriegs- und Nachkriegszeit nachhaltig geprägt wurde.



Wolfgang Belitz

Schlusslicht

Zum Jahresende 1997 fragte mich Hartmut Dreier, seit 1968 bei *AMOS*, ob ich nicht zukünftig in jeder Nummer des *AMOS* eine Kolumne vorgegebenen Umfangs und völlig freigestellten Inhalts schreiben könne und wolle – auf Grundlage meiner sozialetischen Positionen, aktueller Entwicklungen und deren Beurteilung in Kirche und Gesellschaft. Ich habe damals keinen Augenblick gezögert zuzusagen und habe meine Entscheidung in keiner Sekunde bereut.

Ich bin mit Lust an die Arbeit gegangen, ohne zu wissen, worauf ich mich da einlasse und wie lange die Beauftragung dauern werde. Die erste Kolumne erschien in *AMOS* 1|1998 zum Thema „Reichtum in Deutschland“. Die öffentliche Diskussion dieses Kernbereichs sozialer Gerechtigkeit hatte gerade begonnen und die Kolumnen bis Mitte 1999 hatten nur dieses eine Thema, später wurden die Themen vielfältiger, standen aber immer und alle unter der Frage nach sozialer Ungleichheit in Gesellschaft und Kirche.

Am 25. Oktober 2020 bin ich 80 Jahre alt geworden, und jetzt höre ich auf, *AMOS*-Kolumnen in Serie zu schreiben. Dieser Text für *AMOS* 4|2020 ist der letzte.

Niemand hat mich gedrängt oder mit dem Zaunpfahl gewinkt, nach 23 Jahren und 92 Kolumnen endlich aufzuhören.

Im Jahre 2010 waren 50 Kolumnen geschrieben, und ich wurde 70 Jahre alt. Mein langjähriger Kollege und Freund Walter Wendt-Kleinberg nahm dies zum Anlass, ein Buch mit den 50 Texten und vielen Graphiken unseres inzwischen leider verstorbenen Kollegen Hartwig Amman herauszugeben und mir zum 70. Geburtstag zu schenken. Ich fühlte mich sehr geehrt. Das Buch trägt den schönen Titel „*Freiheit durch Gerechtigkeit*“ und den entschlossenen Untertitel „*Schlüsseltex-te zur ‚neoliberalen Konterrevolution‘*“.

2005 wurde ich 65 Jahre alt. Aus diesem Anlass haben mir damals meine Kollegen Hans-Udo Schneider und Jürgen Klute eine Festschrift gewidmet mit 25 Beiträgen von Menschen aus meinem persönlichen, beruflichen und thematischen Umfeld mit dem programmatischen Titel „*Auf dem Weg der Gerechtigkeit ist Leben*“. Ein schöner Buchtitel nach Sprüche 12,21.

Mit diesen Buchtiteln ist der Rahmen abgesteckt, innerhalb dessen sich die Inhalte meiner Kolumnen in den 22 Jahren bewegt haben. Meine sozialetische Grundthese lautete und lautet für alle Zeit: *Soziale Gerechtigkeit ist die Bedingung der Möglichkeit der gleichen Freiheit für alle Menschen*. In dieser Richtung habe ich all die Jahre bei jeder Gelegenheit gekämpft.

Auf diesem Feld habe ich zwei Pole gesetzt, an denen ich mich bei der Auswahl der Themen meiner Kolumnen in der Regel orientiert habe:

Den einen Pol hat Alfred Müller-Armack (1901 bis 1978) formuliert, er war der Urheber des Begriffs und Mitbegründer der Sozialen Marktwirtschaft: „Zwei großen sittlichen Werten fühlen wir uns verpflichtet, der Freiheit und der Gerechtigkeit. Die Gerechtigkeit muss mit und neben der Freiheit zum integralen Bestandteil unserer Wirtschaft werden.“

Den anderen Pol formuliert diametral entgegengesetzt der Urvater des Neoliberalismus Friedrich August von Hayek

(1899 bis 1992): „Der Ausdruck soziale Gerechtigkeit gehört nicht in die Kategorie des Irrtums wie der Ausdruck ‚ein moralischer Stein‘. Was heißt denn hier Gerechtigkeit? Wer ist denn da gerecht oder ungerecht? Die Natur? Oder Gott? Jedenfalls nicht Menschen, da die Verteilung, die aus dem Marktprozess hervorgeht, nicht das beabsichtigte Ergebnis menschlichen Handelns ist. Daher ist der Begriff der sozialen Gerechtigkeit in einer marktwirtschaftlichen Ordnung ... völlig sinnlos ... ein quasi religiöser Aberglaube.“

Den Verlauf der Wirtschaft und ihrer Politik zwischen den Polen haben wir alle mehr als zwei Jahrzehnte miterlebt unter dem permanenten Trommelfeuer der Postulate Kostenreduzierung-Deregulierung-Privatisierung und Globalisierung. Es ging von Elementen sozialer Marktwirtschaft der frühen Jahre hin zu einem System zunehmender sozialer Ungleichheit und Armut.

Mit meiner sozialetischen Grundthese (s.o.) habe ich immer wieder das sogenannte (christliche) Menschenbild des Konservatismus in Wirtschaft und Kirche konfrontiert. Statt „Freiheit und Verantwortung“ meint die christliche Ethik „Freiheit durch Gerechtigkeit“. Dabei habe ich immer daran erinnert, dass die Gleichheit aller Menschen das Zentrum jeden Gedankens an soziale Gerechtigkeit sein muss. Ein Horror für alle Gleichmachereiunheilspropheten.

Dabei bin ich ein klein wenig stolz darauf, dass ich den christlichen Gleichheitsgedanken in meinen Kolumnen unwiderlegbar neu formulieren und verbreiten konnte als christliche Trinität der Gleichheit aller Menschen in diesen Dimensionen:

1. **Mandative Egalität** aller Menschen als männliche und weibliche Geschöpfe, 2. **Peccative Egalität** aller Menschen in Verfehlung und Unvollkommenheit (früher Sünde), 3. **Renative Egalität** aller Menschen als Schwestern und Brüder.

Es ist hier kein Unterschied (Paulus). Einzelheiten finden sich in vielen Kolumnen und in den Menschenrechten.

Bei der Umsetzung in praktische Ethik, die eben nur als komparative Ethik zu denken ist, helfen John Rawls u.a.: Verringerung der Ungleichheit – Soviel Gleichheit wie möglich, soviel Ungleichheit wie nötig – optimale Ungleichheit ist möglich.

Ich habe oft darauf hingewiesen, dass die öffentliche Diskussion in Deutschland konfus ist. Ich habe immer wieder gerne kurze Zitate von wichtigen Persönlichkeiten aus der Gegenwart aufgespießt und zur Kolumne verarbeitet. Ganz am Ende meiner 22 Jahre haben noch einmal zwei prominente CDU Politiker zur Verschärfung der Konfusion beigetragen:

Der amtierende Generalsekretär in einer Talkshow: „*Wir leben nicht im Kapitalismus, wir leben in der Sozialen Marktwirtschaft*.“

Der amtierende Bundestagspräsident in einem Interview 10/2020: „*Wir haben es mit dem Kapitalismus übertrieben*.“

Ich möchte sofort mit großer Freude eine satirische Kolumne dazu schreiben, aber jetzt ist Schluss.

Robert Bosshard

Ein Rückblick zum Ende der Kohlekrise an der Ruhr als Aufruf zur Wiedereinführung basidemokratischer Prozesse

Ausgangspunkt der Katastrophe war, als ungefähr vor zweihundert Jahren am Südhang des Ruhrtals auf der Höhe von Hattingen eines der Kartoffelfeuer nicht mehr ausgehen wollte, also ein Kohleklumpen des dort an den Tag tretenden Flözes bei der Ernte mit unter die Hacke geraten war, und schon war mit der Entdeckung der hiesigen gewaltigen Energiereserve eine elende Goldgräberstimmung ausgebrochen. In Abhängigkeit von Startups skrupelloser Unternehmer entstanden hunderttausende ungesicherte Arbeitsplätze und chaotische Unterbringungen, viel Tausende bezahlten diese Bedingungen mit ihrer Gesundheit und ihrem Leben ... zum Glück entwickelten sich parallel dazu im Kampf um die Humanisierung der Arbeitswelt erste Gewerkschaften.



Die Industrialisierung der Kohleförderung verband sich natürlich mit den energiefressenden Eisenschmelzen. Es entwickelte sich ein die Region verschlingender Investitionsschub, vor allem in die gewinnträchtige Rüstungsindustrie. Zum Höhepunkt gelang es dank dem krupp'schen Waffenpotenzial die Deutsche Nation mit der Krönung des Kaisers in Versailles über alle Grenzen hinaus zu heroisieren. Die dadurch völlig entfesselte Schwerindustrie verwüstete in unvorstellbarem Ausmaß den Lebensraum der Industriezone, verursachte ökologische Katastrophen und Epidemien ... allerdings verbunden mit einem relativen Wohlstand für Facharbeiter und Angestellte, und mit ersten Ansätzen zu einer Regionalplanung.

Völlig zu Recht traf die dem scheinbaren Höhenflug folgende niederschmetternde Niederlage im Ersten Weltkrieg in besonderem Ausmaß die Ruhrindustrie. Es folgten Hungersnöte, Obdachlosigkeit und Identitätsverlust, was ein ideales Milieu für populistische Verschwörungstheorien, Rassenhass und revanchistische Hetze provozierte. Pogrome gegen Juden und Kommunisten resultierten daraus, der Zusammenbruch der Rechtsordnung folgte, die Opferzahl ging in die Hunderttausende ... andererseits schuf die Schande der Niederlage eine Politikverdrossenheit und Hinwendung zu technischer Perfektion, den Kern der sogenannten Deutschen Wertarbeit.

Der aus dem entsprechenden elitären Denken resultierende Zweite Weltkrieg mit dem Resultat einer neuerlichen totalen Niederlage ließ das Ruhrrevier bis auf die Grundmauern ausgebrannt zurück, mit dem Effekt eines totalen Versorgungsnotstands und unfassbar vielen geopferter Mitmenschen, verbunden mit der Angst vor revanchistischen bolschewistischen Gegenattacken. Schier unmerklich ging der Kalte Krieg daraus hervor, in dessen Kalkül auf der einen Seite eine Deutsche Demokratische Republik und auf der anderen eine Bundesre-

publik Deutschland das virtuelle Schlachtfeld oder Bollwerk für den entscheidenden Endsieg darstellte ... die *Kohlereserve* konnte also hoch subventioniert modernisiert werden, und die an sich kriegsmüde Bevölkerung verzichtete auf die Verstaatlichung der überkommenen Rüstungsindustrie zugunsten des Konzepts einer *Sozialen Marktwirtschaft*.

Der Preis für die geopolitisch begründete *Sicherheitsgarantie* für Deutschland war allerdings, dass das gesamte Land vollgepackt wurde mit Raketen, Atombomben und Luftwaffenstützpunkten, was das Ruhrgebiet wieder zum Lohnführer der Nation machte, aber gleichzeitig auch verdeutlichte, dass die

Globalisierung der Wirtschaft und die, gegenüber der zerfallenden Sowjetunion, neue Funktion der NATO die strategische Bedeutung des Kohlereviere minimalisierte, also der Kohlepfennig abgeschafft und das Industriekapital in neue Kriegsgebiete umgebucht wurde ... was für eine Chance: **die über Jahrhunderte die Ruhrregion plagende Kohlekrise ist überwunden!** Es steht nur noch eine gewaltige Aufräumarbeit an (Rückbau der an der Schwerindustrie orientierten Gebietsreformen, Renaturierung der Industriebrachen, Wiederbelebung der Ortsteilzentren, Erneuerung der demokratischen Basis) und schon ist die Ruhrregion wieder die alte blühende Landschaft! In ungefähr dreißig Jahren? (Als Anregung: Schaut mal nach, was die Erfurter in der kurzen Zeit seit 1989 vollbracht haben.)

Robert Bosshard, Jg. 1939, Schweizer, lebt in Oberhausen.

Lesetipp

Die Titelbildnerin dieses *AMOS*, Johanna Ries, lebt in Marl. Sie illustrierte „Für Konfetti ist man nie zu alt“ – Heitere Geschichten zum Geburtstag (Verlag Coppenrath Münster 2020). Gelegentlich suche ich ein Geschenk. 10 Euro kostet dieses angenehme Buch, schön gebunden, witziger Umschlag, 128 Seiten. Es ist voller Alltags-tauglicher kurzer Texte bekannter und neuer AutorInnen über das Feiern – aus allen Generationen. Zu ihren Bildern sagt Johanna Ries: „Für die Illustrationen des Buches habe ich mich sozusagen ‚unter Wasser‘ begeben und Tiere gemalt, die im Meer, an Flüssen oder in Seen zu Hause sind. Vom Pottwal bis zum Einsiedlerkrebs ist alles dabei. Passend zu den Geschichten wird fleißig gefeiert. Hier und da geht es vielleicht etwas stressig zu... Alle Bilder des Buches habe ich mit Gouache auf Bambus-Papier gemalt. Je nachdem, wie aufwändig eine Illustration ist, dauert es ein paar Stunden bis zu zwei Tage. Ich verbringe viel Zeit mit Pinsel und Farbe alleine über meinen Schreibtisch gebeugt, aber eine schönere Arbeit kann ich mir nicht vorstellen.“

Sie illustrierte auch „Pinguin allein zu Haus“ (Coppenrath 2019). Zur Leipziger Frühjahrsmesse 2021 erscheint von Johanna Ries: „Die Fleckenfeder“ mit Bildern und Text von ihr im Nord-Süd Verlag.

Hartmut Dreier

Ulrich Grober

Vor der Hacke ist es duster.

„Vor der Hacke ist es duster“ ist eine alte bergmännische Redensart, die man noch ab und zu im Ruhrgebiet und anderswo hört. Sie kommt trivial daher, trifft aber etwas höchst Relevantes, nämlich den Nerv unseres Zukunftsdenkens.

Ihren Sitz im Leben hatte diese Weisheit ursprünglich nicht im Steinkohlenbergbau. Die Herkunft aus dem historischen Erzbergbau von Harz, Erzgebirge und Tirol ist offensichtlich. Beim Eindringen in den „Schoß der Erde“ (auch eine sehr alte, aber sehr ambivalente Metapher) war die große Herausforderung, die erzführenden Gänge aufzufinden, aufzuschließen und immer wieder ihren weiteren Verlauf zu prognostizieren. Die Adern mit dem begehrten Kupfer, Blei oder Silber verlaufen nämlich keineswegs in geregelten Bahnen. Auf jedem Meter Vortrieb können geologische Störungen und tektonische Verwerfungen auftreten. Unversehens wird der Gang unterbrochen. Die Ader reißt ab. Wo geht sie weiter? Die bergmännische Arbeit erfordert nicht nur gutes Werkzeug und zähe Muskelkraft, sondern vor allem Erfahrungswissen, Mut, Geduld und – Glück. Im steten Bewusstsein, dass der nächste Hieb mit der Keilhaue taubes Gestein freilegt – oder gediegenes Silber. Die Redensart meint also keineswegs: Unsere Zukunft wird finster. Sondern schlicht und einfach: Man weiß es nicht. Was kommt, ist ungewiss.

Die Zukunft ist ein unbetreter Pfad. Sie ist prinzipiell offen. Ständig ändern sich die Koordinaten. Wie es ausgeht, weiß man nicht. Prognosen sind schwarze Kunst. Sie sind Narrative. Oft verlängern sie einfach die Gegenwart linear in die Zukunft. Im Heute identifiziert man Faktoren, die sich gerade dynamisch entwickeln und die man in den Fokus gerückt sehen möchte. So verkörpern die scheinbar objektiven Prognosen nur das Wunschdenken der jeweils mächtigsten Akteure. Der eine jeweils erwünschte Entwicklungspfad erscheint auf einmal als der einzig realistische, als – alternativlos.

Was ist Wunschdenken, was realistisch? Die Grenzen sind fließend. Ein Beispiel: Der Flugverkehr wird sich bis 2030 verdoppeln. Knallharte Prognose, noch vor kurzem fast unumstritten. Oder doch nur Wunschdenken der Airlines? Der Flugverkehr wird sich bis 2030 halbieren. Auch ein Narrativ. Nur Spinnerei? Oder nicht doch die realistischere Zukunftsvision? Die Coronakrise ist dafür ein Lehrstück.

Momentan suchen wir fieberhaft nach der Reset-Taste. Wir wollen es wieder so haben wie vor Ausbruch der Krise. Kaum jemand ist gegen diese Sehnsucht gefeit. Denn unsere Vorstellungen von Wohlbefinden, Stabilität, ja von Glück, beziehen wir vor allem aus der Erinnerung an Momente unserer Biographie, in denen es uns gut ging. Schon beim ersten Lockdown war überall in Europa von „Wiederaufbau“ die Rede. Fonds wurden aufgelegt, astronomische Geldströme sollen fließen und flossen auch. Wiederaufbau? Der Ausdruck erinnert an Nachkriegszeiten. Ich kann aber keine Zerstörungen von Bau- oder anderer Substanz erkennen. Eher im

Gegenteil! Die Quarantäne hatte ein abruptes Aussetzen von vielen höchst zerstörerischen Praktiken zur Folge. Nicht zuletzt einen drastischen Rückgang der globalen Verkehrs- und Warenströme. Doch waren diese nicht längst außer Rand und Band geraten?

Der österreichische Ökonom Joseph Schumpeter sprach schon in der Krise der 1930er Jahre von „schöpferischer Zerstörung“. Gemeint war die ständige radikale Infragestellung und Innovation aller Geschäftsmodelle. In der Fassung „disruptive change“ ist das Konzept heute zum Buzzword der globalen Unternehmensberatung avanciert. Schöpferisch zerstören, niederreißen? Warum nicht die jetzige historische Stunde nutzen, um mit dem Loslassen und „Niederreißen“ aller nicht-nachhaltigen Muster von Produktion und Konsumtion und der sozial-ökologischen Erneuerung endlich Ernst zu machen?

Bei dem Tunnelblick auf die Zahlen, Statistiken, Diagramme und auf die praktischen Vorkehrungen zum Schutz vor der Ansteckung sollte die Analyse der Ursachen nicht außen vor bleiben: Der Übersprung des Coronavirus vom Tier auf den Menschen war höchstwahrscheinlich Auslöser für den Ausbruch der Pandemie. Sie ist Symptom einer langanhaltenden Störung des planetarischen ökologischen Gleichgewichts, bedingt durch die schrankenlose Expansion menschlicher Infrastrukturen in die Habitate von wilden Pflanzen und Tieren. Hierin besteht der fundamentale Zusammenhang zur Erderhitzung und zur multiplen Krise des 21. Jahrhunderts insgesamt. So gesehen verbietet sich der Griff zur Reset-Taste. Wollen wir wirklich all die alten Praktiken mit ungeheurem Aufwand unter einem Rettungsschirm bergen, um „weiter so“ zu machen? Oder nicht besser die Krise nutzen, um – wie die Klimaforscher vehement fordern – „das Ruder herumzureißen“ und einen neuen Kurs einzuschlagen: die „Große Transformation“ hin zu einer ressourcenleichteren Zivilisation.

„Vor der Hacke ist es duster“, den Spruch zitierte Bundespräsident Steinmeier am 21. Dezember 2018 bei dem – ja – Staatsakt auf Zeche Prosper/Haniel in Bottrop. Vor ihm lag der letzte Brocken „schwarzes Gold“, der gerade, auf der letzten Schicht im Ruhrbergbau zu Tage gefördert worden war. Seine Erläuterung des alten Spruchs: „Was der nächste Schlag, der nächste Tag, das nächste Jahr bringen wird, können wir erst wissen, wenn wir angefangen haben zu arbeiten... Glück auf Zukunft!“

Die übliche, inhaltsleere, staatstragende Rhetorik, populär aufbereitet? Oder ist hier ein leiser Anklang an die „Thesen über Feuerbach“ herauszuhören? Karl Marx hatte sie 1845 entworfen, Friedrich Engels 1888 publiziert. Die Arbeit, das Herstellen, das Selbermachen, die Praxis der Veränderung von Materie ist das Mittel, um die Welt zu erkennen – und zu verändern. Der nächste Hieb deiner Hacke, beispielsweise, oder die Handbewegungen, mit denen du den eigenen Brotteig knetest, die Installation einer Solaranlage auf der Südseite deines Daches, die Gründung einer Carsharing-Initiative oder eines Tauschrings.

So gesehen ist der Spruch ein Stück Philosophie der Praxis. Er handelt von Zukünften, von Möglichkeitsräumen. Diese Welt ist durch und durch pluralistisch – ein Pluriversum. Mach' was daraus. Du hast die Freiheit, deinen Verstand zu gebrauchen, deine Hacke in die Hand zu nehmen und mit anzupacken, wo Menschen ihrem Traum folgen. „In der Ruhe liegt die Kraft“ und „Geht nicht, gibt's nicht“. Noch zwei Weisheiten aus der Umgangssprache der Ruhr-Bergleute. Auch wenn sie mittlerweile in die Kreativ-Werkstätten der Werbebranche gewandert sind – ihre positive Energie scheint mir, ist für unsere Region unverzichtbar.

Ulrich Grober ist Publizist und Buchautor. Seine Themenfelder sind Ökologie, Nachhaltigkeit, zukunftsfähige Lebensstile. Ihn interessiert vor allem die Verknüpfung von kulturellem Erbe und Zukunftsvisionen. Mit der Hacke und dem Abbaumhammer hat er auch mal gearbeitet. Das Kapitel „Halden Saga“ seines Buches „Der leise Atem der Zukunft“ (oekom Verlag, 3. Auflage 2018) erzählt davon.

Lesetipp

Jürgen Link

Hölderlins Fluchtlinie Griechenland

Göttingen 2020, Vandenhoeck & Ruprecht, 273 Seiten

ISBN: 978-3-525-35210-6

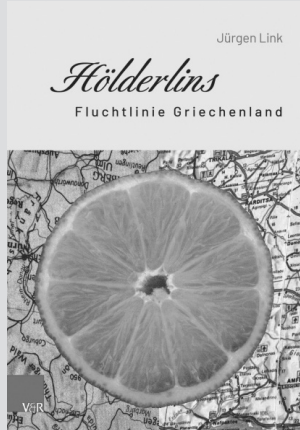
„Komm ins Offene...“ – Zum Hölderlin-Gedenkjahr 2020 hat Jürgen Link, emeritierter Germanist, früher an der RUB Bochum und der TU Dortmund tätig, Weggefährte von AMOS seit 1968, eine erhellende Studie vorgelegt. Sein Buch „Hölderlins Fluchtlinie Griechenland“ untersucht ein Lebensthema des Dichters: dessen Griechenland-Schwärmerei. Vor diesem Horizont rekonstruiert Link das utopische Denken Hölderlins.

„Fluchtlinie“ meint keineswegs einen simplen Eskapismus. Ihr Ausgangspol ist für Link ein „klastrophobischer Komplex“ Hölderlins. Das Symbol aller gefängnisartigen Zellen war für den Dichter der Sarg. Die Serie der „Behälter“ verlief von der Familie über die Klosterschule, die lakainenhafte Hofmeisterexistenz und das isolierte bürgerliche Individuum, bis hin zum Kleinstaat Württemberg und der „zerrissenen“ deutschen Nation. Dem entgegen richtete sich die utopische Sehnsucht und Aussicht ins Offene – in ein komplex imaginiertes Griechenland.

Der Dichter interessierte sich keineswegs nur für das antike Griechenland, sondern auch für das zeitgenössische. Er hatte griechische Emigranten in seinem Stuttgarter Bekanntenkreis. Die Tragödie Neugriechenlands ist eine Spiegelung der deutschen Misere, und Hölderlins Romanfigur Hyperion ist eine Spiegelfigur des Autors. Beiden ging es um die Wiedererweckung der altgriechischen Polis-Demokratie, widergespiegelt in den zeitgenössischen revolutionären Idealen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, um Formen des einfachen Lebens im Einklang mit Natur und Kosmos, um eine naturbezogene Kunst und Philosophie. Links Studie belegt und untersucht eindringlich den „heroisch-idealischen Ton“ von Hölderlins Lyrik, spricht vom „Wunder“ ihres „gräzisierten“ Rhythmus und vom unerreichten Wohlklang der deutschen Sprache darin.

Jürgen Links Hölderlin-Studie ist gewiss anspruchsvoll. Man muss sich einlassen auf die Tools, die der Autor aus dem Werkzeugkasten der Diskursanalyse holt. Und man sollte beim Lesen tunlichst eine Hölderlin-Ausgabe griffbereit halten. Dann aber kann etwas Überraschendes geschehen: Von einer avancierten Position der Hölderlin-Forschung aus erschließen sich neue, begehare Zugänge zum Kosmos dieses großen deutschen Dichters. Auch für Leserinnen und Leser, die ihn erst für sich entdecken möchten. In dieser – noch ein geflügeltes Wort aus der Feder Hölderlins – „bleiern Zeit“.

Ulrich Grober



Philipp van Sprang

Schulstreik in Corona-Zeit

Wie und warum es weiter gehen muss

Vor nun fast einem Jahr sah bei mir die Welt noch ganz anders aus: Ich streikte mit anderen Fridays-for-Future-Aktivist*innen in Recklinghausen für eine Wende für den Klimaschutz, in Datteln gegen das Kraftwerk Datteln 4. Ich hielt Reden und schrieb Anfang des Jahres auch einen Artikel für AMOS.

Dann kam alles anders: Eine so noch nie dagewesene Krise brachte große Teile unseres Landes und damit auch die Klimabewegung zum Erliegen. Lediglich im Netz wurde unsere Botschaft unter dem Begriff „Netzstreik“ weiterverbreitet. Im Rest der Gesellschaft ist das Thema Klima etwas in Vergessen geraten. Das langfristige Problem des Klimawandels wird durch ein viel aktuelleres und greifbareres verdrängt – Covid19. Es ist ein bisschen, wie bei mir an der Schule, als wir nach dem Lockdown wieder in den Unterricht mussten: Mehrere Monate hatten wir uns an die Masken und Abstandsregeln gewöhnt und uns war bewusst geworden, dass die Corona-Krise ernst zu nehmen ist. Bevor wir in unsere Klassen konnten, ging aus Versehen der Feueralarm los. Als ein Lehrer kam, das Versehen aufklärte und sagte, wir können in die Klassen, stürmten alle los und kaum einer achtete mehr auf Abstände. Durch einen plötzlichen Alarm war man sich der eigentlichen Krise nicht mehr bewusst.

Das gleiche erleben und erleben wir nun auch mit Klima- und Corona-Krise: Wenig Aufschrei, als Anfang Juli der Kohleausstieg auf 2038 gesetzt wurde, wenig Aufschrei, als keine Umweltauflagen bei der finanziellen Rettung von Konzernen beschlossen wurden (immerhin gab es für Autos mit fossilen Brennstoffen und dreckige SUVs statt der Abwrackprämie nur eine Mehrwertsteuersenkung), wenig Aufschrei, als Bundestagsabgeordnete davon sprachen, man könne die Wirtschaft jetzt mit Umweltschutz nicht noch weiter kaputt machen, wenig Aufschrei, als die deutsche Ratspräsidentschaft eine Agrarreform verbockte.

Wir als FFF-Bewegung haben uns entschlossen, dem entgegen zu treten. Wegen Corona haben wir zunächst im Juni mit einer Fahrraddemo um die Recklinghäuser Innenstadt begonnen, dann eine Demo in Datteln, dann noch eine in Recklinghausen und Ende September eine Demo zu Fuß, wie es sie seit Ausbruch der Pandemie lange nicht mehr gegeben hatte. Uns ist dabei aber eines von größter Wichtigkeit: Auf die Wissenschaft hören. Wenn die Infektionszahlen gerade rasant hochgehen, ist es unverantwortlich, weiter zu großen Veranstaltungen aufzurufen. Wie es in den nächsten Monaten auch weitergeht, wir bleiben aktiv und wir werden für den Klimaschutz kämpfen.

Bei der Corona-Krise geht es um viele tote Menschen, bei der Klimakrise um einen toten Planeten. Der Unterschied ist: für die Klimakrise haben wir den Impfstoff schon gefunden.

Philipp van Sprang, 15 Jahre, Schüler in Recklinghausen, seit 4 Jahren aktiv im Kinder- und Jugendparlament, engagiert in der FFF-Ortsgruppe und Mitorganisator der Klima-Demos in Recklinghausen. (Neben politischen Debatten und Diskussionen auch in naturwissenschaftlichen Themen involviert.)

Wilhelm Neurohr

Die Zukunft liegt im Norden? Erfahrungen eines ehemaligen Stadtplaners

*„Diese Gegend ist bewohnt mit groben, korrupten Menschen in vernachlässigten Städten, denen es an guter Sitte und geistiger Offenheit mangelt.“
(Justus von Gruner 1830,
Reisebericht über den Zustand im westfälischen Teil des Ruhrgebiets)*

Nördlich der renaturierten Emscher spielt sich im Ruhrgebiet ein historisches Drama ab: Nach 30 Jahren deutscher Einheit liegt die Armutsregion Deutschlands nicht etwa im Osten, sondern im Norden des Ruhrgebietes: Der Verbund der 12 Vestischen Städte der „Emscher-Lippe-Region“ ist laut Armutsbericht 2019 die Problemregion Nr. 1 in Deutschland, mit einer Armutsquote von insgesamt 21 %. Jeder Vierte bis Fünfte (und jedes dritte Kind) lebt hier im Norden des Ruhrgebietes in Armut.

Mit der beendeten „Nordwanderung des Bergbaus“ ist nach der Schließung der letzten Zeche Prosper-Haniel in Bottrop 2018 das Versprechen geplatzt: „Die Zukunft liegt im Norden“ mit dem damit verbundenen Slogan „Zehn Städte machen Zukunft“. Herten versucht jetzt einen Neustart als Wasserstoff-Technologiezentrum. In Marl sollen mit „gate.ruhr“ nun Gewerbe- und Logistik-Unternehmen angelockt werden. Castrop-Rauxel setzt auf die Gesundheitswirtschaft. Bottrop bekam den Zuschlag für die Bundesförderung als „Zukunftsstadt“. Und Datteln will nach 50 Jahren vorausgegangener Planung das umstrittene Projekt „New Park“ realisieren.

In der Kreisstadt Recklinghausen ist nun die Kreisverwaltung der größte Arbeitgeber. Von 3 Oberkreisdirektoren und 5 Landräten gingen nur 2 ohne Makel am Ende ihrer Amtszeit. Auch das galt als ein Armutszeugnis für den Norden des Reviers und schwächte seinen politischen Einfluss.

2016 entwickelte der Kreis Recklinghausen mit seinen 10 Städten eine „Zukunftsvision 2030“ mit verschiedenen Szenarien und den Schwerpunkten Bildung, Digitalisierung und Altenpflege, um sich am eigenen Schopf aus dem Sumpf zu ziehen. Denn der Strukturwandel ist bislang erst in den Ruhrgebiets-Großstädten als Handels-, Kultur- und Dienstleistungszentren deutlich vorangeschritten.

Schon bei der kommunalen Neugliederung des Ruhrgebietes im Jahr 1975/1976 sollten die Ruhrgebietsgroßstädte mit einem „Städteverbandsmodell“ von Innenminister Willi Weyer den Zugriff auf die kleineren Emscher-Lippe-Städte bekommen und diese untereinander aufteilen. Erfolgreich wehrte sich das nördliche Ruhrgebiet dagegen mit eigenen Alternativvorschlägen.

Zwischen Gigantonomie und Kirchturmspolitik

Zerrieben zwischen Gigantonomie und Kirchturmspolitik hat sich die Emscher-Lippe-Region nach der kommunalen

Neugliederung von 1975 zumeist dem „Imperialismus“ der Ruhrgebiets-Großstädte im Süden und der Münsterland-Metropole im Norden stets ergeben und untergeordnet. Der von 1975 bis 1994 amtierende Landrat des Kreises Recklinghausen, Helmut Marmulla, hatte fast 20 Jahre lang die Fahne für die Energie- und Kohleregion hochgehalten. Danach war es der nachfolgende Landrat des Kreises Recklinghausen, Hans Ettrich, der 1979 für das gesamte Ruhrgebiet die erste „Ruhrgebietskonferenz“ in Castrop-Rauxel mit innovativen Konzepten für den Wandel initiierte, von der aber letztendlich die Ruhrgebiets-Großstädte wiederum die meisten Fördergelder und -projekte abschöpften.

Die zum Regierungsbezirk Münster gehörende Emscher-Lippe-Region wurde auch von der Bezirksregierung und ihrem Bezirksplanungsrat bei den Förderprogrammen und Mittelverteilungen nicht annähernd so behandelt wie die CDU-regierten Münsterlandkreise und -städte. Nicht nur deshalb gerieten die Verlierer-Städte von zwei Seiten in die Klammer.

Denn gerade auch im Kommunalverband Ruhrgebiet flossen Emscher und Lippe viele Jahrzehnte bedeutungslos



vorbei und die Städte im Norden hatten nur eine schwache Lobby. Erst mit der Internationalen Bauausstellung Emscherpark (IBA) konnte der Münchener Professor Ganser als Auswärtiger die Ruhrgebietler für die Reize der Industriebrachen und ihre kulturelle Folgenutzung begeistern. Die IBA trug zu einem neuen Selbstbewusstsein der Jahrzehnte vernachlässigten Region bei, obwohl die IBA leider nur auf 10 Jahre von 1989 bis 1999 angelegt war. Dann ging das Geld für Anschlussprojekte aus.

Es folgte das Jahrhundertprojekt der Emscher-Renaturierung und des noch weiter auszubauenden Emscher-Landschaftsparks als Kooperationsprojekt von 20 beteiligten Städten mit 250 Einzelprojekten. Grünzüge und begrünte Halden erhöhen die Lebensqualität in der ent-industrialisierten Zone, aber sie ersetzen keine fehlenden neuen Arbeitsplätze, keine Hochschulen und Forschungseinrichtungen, keine Konzernzentralen und Behördenstandorte. Denn bis dahin hatten die Ruhrgebiets-Oberbürgermeister ihren Einfluss beim Kommunalverband und bei der Landesregierung oder beim Nahverkehrsverbund VRR geltend gemacht, um möglichst viele Fördergelder und Einrichtungen bevorzugt in die Großstädte zu holen. Im Landesentwicklungsplan achtete man auf die Bündelung der Infrastruktur in ihren ausgewiesenen „Oberzentren“ der höchsten Stufe.

Traum von der Ruhrstadt als Albtraum für die Randzonen

Einige träumten den Metropol-Traum von der „Ruhrstadt“ mit Premium-Projekten der Superlative.

Für die Unterbringung der unattraktiven Restnutzungen gab es im Ruhrgebiet immer schon eine ungerechte Lastenverteilung ins Hinterland hinein: Die ungeliebten Standorte für Müllverbrennung und -deponierung, für Entsorgungsanlagen und Kraftwerksstandorte, neuerdings für große Windenergieparks, für großflächige Industrienutzungen mit Emitenten, für Abraumhalden und Wassergewinnung oder für militärische Nutzungen – all das war und ist dem Emscher-Lippe-Raum vorbehalten. Auch als attraktive Wohnstandorte nördlich der Lippe waren die kreisangehörigen Städte im Norden begehrt für die zahlungskräftigen Berufspendler aus dem dichten Siedlungsbrei der Ruhrgebietsmetropolen, mit der Folge der Landschaftszersiedelung und immensen Immobilienpreissteigerungen im Norden.

Die Landräte und Bürgermeister der finanzschwachen kreisangehörigen Städte in der nördlichen Randzone des Ruhrgebietes hatten zu keiner Zeit ihr politisches Gewicht in die Waagschale werfen können, weil sie untereinander keine Kreiseinheit zustande brachten. Das änderte sich vorübergehend erst mit der Kooperation als „Emscher-Lippe-Region“. Als Trostpflaster erhielten die Emscher-Lippe-Städte 1992 den Standort einer Fachhochschule in Gelsenkirchen mit je einer Dependence in Recklinghausen und im fernen Bochof.

Jahrzehnte waren die Kommunalpolitiker im nördlichen Ruhrgebiet vor allem damit beschäftigt, ihre finanziell ausgebluteten Kommunen mit sozialen Streichorchestern über die Runden zu bringen, während anderswo investiert wurde.

Die unterschätzte Millionenstadt zwischen Emscher und Lippe

Dabei handelt es sich bei der Emscher-Lippe-Region eigentlich um eine Region, die Anlass für stärkeres Selbstbewusstsein wäre: Der Kreis Recklinghausen mit seinen 10 Mittelstädten ist mit seinen 614.000 Einwohnern nicht nur der bevölkerungsreichste Kreis Deutschlands, sondern somit zugleich die fünftgrößte Gebietskörperschaft nach Berlin, Hamburg, München und Köln, gleichauf mit Frankfurt. Rechnet man die Partnerstädte Bottrop (117.000 Einwohner)

und Gelsenkirchen (260.000 Einwohner) dazu, handelt es sich nahezu um eine Millionenstadt, zu der sich projektweise auch noch Herne dazu gesellt mit seinen 156.000 Einwohnern. Der „Vestische Kreis“ und erst recht der gesamte Emscher-Lippe-Raum mit immerhin 20% der Ruhrgebietsbevölkerung beherbergt mehr Menschen als Dortmund (588.000 EW), Essen (583.000 EW) oder Duisburg (499.000 EW) und übertrifft auch die Landeshauptstadt Düsseldorf (581.000 EW). Liegt die Zukunft auch im Norden des Ruhrgebietes, wenn sie nicht verschlafen oder vereitelt wird? Und dann: für wen?

In der Wertschätzung der Ruhrgebiets- und Landespolitik darf das Potenzial dieser kleinteilig differenzierten Millionenstadt zwischen Emscher und Lippe nicht länger als bloße Verfügungsmasse und Vorhof dem Metropolendenken der Ruhrgebiets-Großstädte zum Opfer fallen. Denn eigentlich sollte das Ruhrgebiet vorbildhaft Solidarität statt Konkurrenz vorleben. Wird diese verweigert, dann lag einmal seine Zukunft im Norden und es geht zurück in die Vergangenheit; dafür steht die Ruhr im Süden mit den Egoisten der konkurrierenden Großstädte. Der Norden überlebt nur mit Solidarität und gestärktem Selbstbewusstsein, nicht zuletzt mit neuen Ideen, Initiativen und Perspektiven, wenn die dicht besiedelten und problemgeladenen Großstädte im zentralen Ruhrgebiet längst dem Niedergang geweiht sind. Nur bei einem solidarischen Ausgleich von Stärken und Schwächen und bei Bündelung des Ideenpotenzials aller Teilräume des Reviers wird es eine Win-Win-Situation zugunsten der hier lebenden Menschen geben, die dem Ruhrgebiet die Treue halten. Das Berliner Motto von Wowerit „arm aber sexy“ sollten wir nicht kopieren, sondern auch hier etwas Eigenes kreieren, um Justus von Gruner (siehe Eingangszitat) zu widerlegen!

Wilhelm Neurohr hat seine fast 70 Lebensjahre im nördlichen Ruhrgebiet über Tage und zeitweilig unter Tage verbracht, nach dem Studium 40 Jahre lang als Stadt- und Regionalplaner bei der Kreisverwaltung Recklinghausen sowie 20 Jahre als Personalratsvorsitzender, nebenher politisch, gewerkschaftlich, publizierend und in zahlreichen Bürgerinitiativen und zivilgesellschaftlichen Projekten im gesamten Ruhrgebiet konstruktive Unruhe stiftend.

Impressum

Herausgeber:
AMOS e.V. c/o Rolf Euler
Cäcilienhöhe 32
45657 Recklinghausen
E-Mail: amos-ev@web.de

Redaktionsadresse:
AMOS c/o Hartmut Dreier
Schumannstr.6, 45772 Marl
Tel: 02365-42076
E-Mail: dreier.mar@freenet.de

Internet: <http://amos-zeitschrift.de> **E-Mail:** redaktion@amos-zeitschrift.de

Konto: AMOS IBAN: DE31 4305 0001 0033 3001 20 | BIC: WELADED1BOC

ISSN 1615 - 3278

Erscheinungsweise: 1 x vierteljährlich

Herausgabe & Redaktion: Wolfgang Belitz, Unna | Benjamin Benz, Recklinghausen | Robert Bosshard, Oberhausen | Robina Cronauer, Herten | Hartmut Dreier, Marl | Rolf Euler, Recklinghausen | Friedrich Grotjahn, Bochum | Rolf Heinrich, Gelsenkirchen | Ute Hüttmann, Marl | Wolf-Dieter Just, Duisburg † | Jürgen Klute, Wanne-Eickel | Carl-D.A. Lewerenz, Bochum | Marion Lillig, Recklinghausen | Axel Lippek, Bochum (v.i.S.d.P.) | Anna Musinszki, Dortmund | Niklas Rokahr, Hamm | Rebekka Scheler, Bochum | Hermann Schulz, Wuppertal | Peter Strege, Dortmund | Renate Wangelin, Bochum

Schwerpunktthema verantwortlich: Rolf Euler, Marion Lillig

Endredaktion/Layout: Axel Lippek **AMOS Schriftzug:** Jochen Stankowski
Titelbilder 1983 – 2019: Manfred Walz

Druck: Wodarczak Druck & Medien,
45772 Marl

Einzelpreis: 5,00 €

Papier: chlorfrei gebleichtes Papier **Abo-Preis:** 20,00 € jährlich inkl. Versand

AMOS kooperiert mit dem elektronischen Nachrichtendienst „iley.de“ (Leipzig).

Sebastian Müller

100 Jahre her – die Gründung des RVR

Es waren turbulente Zeiten, in denen der Regionalverband Ruhr (RVR) als Siedlungsverband Ruhr (SVR) gegründet wurde.

Der Erste Weltkrieg war gerade zu Ende gegangen und von Deutschland verloren. Die Reichswehr putschte. Die Regierung floh. Da treten 12 Millionen ArbeiterInnen, Angestellte und BeamtenInnen in den Generalstreik. Im Ruhrgebiet bewaffnen sich 50.000 Arbeiter. Reichswehr und Freikorps werden zurückgeschlagen. Die Republik ist gerettet. Die Regierung kommt wieder ins Amt – und verbündet sich mit der Reichswehr gegen die Arbeiter im Ruhrgebiet. Die Schwerindustrie des Ruhrgebiets, die für den Krieg Kanonen, Panzer und Waffen produziert hatte, muss sich auf zivile Gebrauchsgegenstände umstellen. Sie muss überhaupt erst einmal wieder Tritt fassen. Sie fürchtet sich vor Reparationszahlungen an die Siegermächte und vor der Arbeiterschaft des Ruhrgebiets, die für demokratische Freiheiten und Rechte, Versammlungsfreiheit und den Achtstundentag kämpft. In dieser politischen Situation meldet sich der Essener Städtebauer Robert Schmidt mit einer „Denkschrift betreffend Grundsätze zur Aufstellung eines General-Siedlungsplans für den Regierungsbezirk Düsseldorf.“ Die Denkschrift leistet offensichtlich einen wesentlichen und befriedenden Beitrag zur Entspannung der Lage. Schon im SVR kommt es zu einer Art Sozialpartnerschaft zwischen Gewerkschafts- und Industrievertretern. Der Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk wurde 1920 gegründet, Ro-

bert Schmidt wurde sein erster Direktor und blieb es auch bis 1932.

Die Dominanz der Montanindustrie im Verband war damals so selbstverständlich wie heute. Bestimmenden Einfluss im SVR und dem späteren RVR übten auch seit eh und je die Großstädte Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Bochum und Dortmund entlang der Köln-Mindener Eisenbahn aus. Die Nordwanderung des Bergbaus produzierte die Entwicklungszonen der Region, die bis heute das planerische Gliederungskonzept der Ruhrgebietsplanung bestimmen: Hellwegzone, südliche Emscherzone an der Köln-Mindener Eisenbahn und nördliche Emscherzone mit dem Rhein-Herne-Kanal und der zum Abwasserkanal umgewandelten Emscher. Bis in die 1960er Jahre hielt sich diese dreigliedrige Regionalentwicklung. Erst mit der „Internationalen Bauausstellung Emscherpark“ suchte die Landesregierung von NRW ernsthaft eine Antwort auf die Nordwanderung des Kohlebergbaus und übernahm damit eigentlich eine Aufgabe des Regionalverbands Ruhr. Schließlich war nicht mehr zu übersehen, dass es neu gegründete Universitäten im Ruhrgebiet gab, die schnell Motoren einer modernen ökonomischen und kulturellen Entwicklung wurden: die Ruhruniversität Bochum seit 1962, die TU Dortmund seit 1968, die Gesamthochschule Essen 1972, die noch im selben Jahr mit der Gesamthochschule Duisburg zur Universität Duisburg-Essen fusioniert wurde. Aber es ist auch klar: Selbst die IBA Emscherpark hat Fortschritte im Ruhrgebiet nur technisch inszenieren können. Denn Regionalplanung kann im Kapitalismus soziale gesellschaftliche Entwicklung kaum oder nur in Spuren fördern oder abbilden. Mehr ist derzeit nicht drin.

Sebastian Müller, 1940 geb., ist Soziologe.

Peter Strege

Gebären

Gebären, Gebären, Gebärde; da kommt was bei raus, wenn sie (sich) transformieren muss, weil ihre geschichtsgebundene Erscheinung ausgelöscht, getilgt, zu Ende gebracht, in ein neues, weil dazu gezwungen, „zukunftsträchtiges“ Andersneues überführt und umgestaltet wird. Doch was sind die ‚eigentlichen‘ Gründe, die Ursachen für die allenthalben stattfindende Umgestaltung und Wieder- oder Wiedergeburt des „Potts“? Die Strahlkräfte des erfolgsorientierten Gewinnstrebens haben sich nicht verändert! Die daraus hervorgehenden, sie gebärenden und somit auch im Gebären angepassten Strahlmänner und Strahlfrauen schon! Das Umfeld, in dem sie sich bewegen und agieren, das Stadtbild der ehemaligen Industriedörfer, die Gemengelage aus schillernder Konsumverlockung und stadtrandbesiedelter Wohnverdichtung hat neue Nachbarschaft bekommen. Aus alt mach neu, und verschaffe so den investierten Kapitalien schwindelerregende Profitraten. Industriell vernutzte Gegenden von marginalem Wert verwandeln sich in blühende Landschaften und zwingen die besser verdienenden Mittelschichten zu Umzügen und zusätzlichem Eigentum. Der dazu gehörende Stadtraum, das

Öffentliche, unveränderbare Gegebenheiten, Reste des Industriezeitalters, die zum Sanieren zu teuer, für deren „Umnutzung“ z.Z. keine Ideen auf Planer- und Investorentischen liegen, für diese Ressource unmittelbaren Tauschens und freizeithlichen Verhaltens werden großräumige Gestaltungs- und Innovationsensembles nach vorne gebracht, die mit den ehemals gewachsenen/gewordenen Identifikationsabläufen nichts mehr gemein haben. Großzügiges „think big“, flächengeflutete, Staunen erzwingende Fassadengirlanden, – die Gesichter junger Straßen, malls, die schicken Boulevards, – scheinen eher dem möglichen Tempo industriellen Erbauens geschuldet zu sein, als zukünftige menschliche Nutzung beheimaten zu wollen. Es gebärdet sich Geburt einer neuen Moderne, als wäre die Erfindung menschenwürdiger Reproduktion lediglich Beischmeiße an die weitestgehend automatisierten Produktionsprozesse.

Menschen als Begleitmusik zum Beleben von planerischer Vollkommenheitsgebärde? (Solche Claqueurarrangements gab es bislang in jeder totalitären Gesellschaft. Überflutet vom „schönen Schein“, besoffen vom Erfolg und reich durch Mitäterschaft.)

Möglicherweise demnächst Wirbelwesen aus dem 3-D Drucker? Eins, oder sind es gleich mehrere Zeitalter, leuchten als Diodenregenbogen mir heim.

Peter Strege, s.S. 21

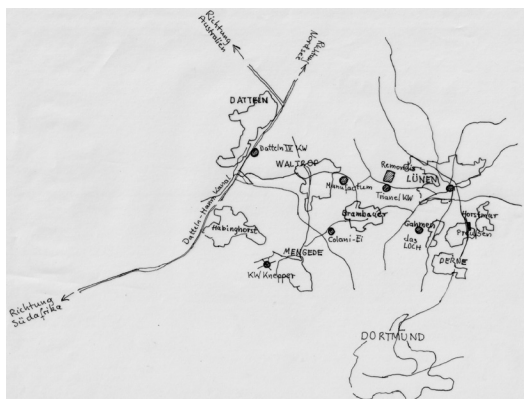
Ingrid Krau

Reisebotschaften aus dem nördlichen Revier

Lünen, ein liebliches Landstädtchen, man ahnt schon das Nahe Münsterland, erreichbar über das hinterste Gleis im Dortmunder Hauptbahnhof, hier geht's in die Diaspora. Erster Halt ist ‚Preußen‘. Preußen? Ja Preußen, bin ich noch in der bundesrepublikanischen Wirklichkeit? Wohl doch, Leute mit Migrationshintergrund steigen aus und ein.

Lünen mutierte ab 1870 zur Bergbaustadt, in den 50er Jahren mit Rathaus-Hochhaus, neu umbautem Marktplatz, Theaterbau und der Schule von Scharoun, Zeichen der Moderne für eine prosperierende Zukunft. In den 1970er Jahren wurde die Stadt postmodern mit einem 6-geschossigen Wohnensemble, bekrönt von Fachwerkgiebeln, Wohlstand kündend. Nach der entschwundenen Bergbauära ist Lünen heute ein Lebensort der Bescheidenheit mit Döner und Pizza. Aber auch mit einer gepflegten Altstadt aus schnuckeligen Fachwerkhäusern und engen Gassen, ein Hort der Grundbesitzer in den Zeiten der Revolution 1919, 1933 eine der Hochburgen der NSDAP, während in den Zechenkolonien ausnahmslos Bergleute die vorderen Listenplätze zugunsten KPD und SPD füllten. Als 1932 ein Viertel

von ihnen am Tropf des Wohlfahrtsamts hängt, neigen auch sie der NSDAP zu. Und heute? Der in der Stichwahl gerade gekürte OB hält sich parteilos nach allen Seiten offen und ließ vorab verlauten, dass er auch mit der AfD sympathisiere.



Wir fahren zum Gahmener Loch, unter dem die Zeche Preußen Kohle abbaute, aber erst als Gneisenau hier den Kohleabbau übernahm, ohne Wiederverfüllen der Streben, entstand dieses unglaubliche Bergschadensgebiet, das die Wohnhäuser in eine tiefe Senke riss, heute per Inserat im Internet vermarktet: hier können Sie Eigentum zu Niedrigpreisen erwerben, so beginnen Abwärtskarrieren im Revier.

Wir steuern das Lüntec Technologiezentrum aus IBA-Zeiten auf der früheren Zeche Minister Achenbach an, gekrönt vom Collani-Ei, einem Ufo mit business-lounge, nicht zu vergleichen mit dem Dortmunder Technologiependant, aber mit einem erfolgreichen Software-Start-Up, das beratend und forschend tätig ist, Strukturwandel im Grünen. Freitagmittag im sonst leeren Café treffen wir auf die Hausmeister und Hilfskräfte, die Zeit totschlagend bis zum Dienstende.

Vorbei am dem Abriss geweihten Kraftwerk Knepper gelangen wir zum Trianel-Kraftwerk am Datteln-Hamm-Ka-

nal, 750 MW Strom plus 35 MW Fernwärme, 2013 von 30 Stadtwerken des Reviers in Betrieb genommen, die bis zum letztmöglichen Ausstiegsdatum 2038 daran festhalten wollen. Ich zähle 50 parkende PKW, bei Dreischichtbetrieb also rd. 150 Arbeitsplätze. Zwischen Kraftwerk und Hafen lagern im Freien ausgedehnte Berge von Kohlegrus aus fernen Kontinenten, die über Band und Bagger ins Kraftwerk befördert werden. Gleich nebenan breitet sich auf 230 Hektar das Remondis Lippewerk aus, sauber eingebettet in den sanft hügeligen Landschaftsraum, selbsterklärt „im Auftrag der Zukunft“ tätig. Hervorgegangen aus dem Familienbetrieb Rethmann in Selm mit vier tatkräftigen Söhnen ist es heute Europas größtes Zentrum für industrielles Recycling, das Wertstoffe rückgewinnt zu neuer Verwendung – eine der seltenen Erfolgsgeschichten langlebigen Aufstiegs im Revier, mit technologisch modernsten Anlagen und einem großen Technologiezentrum, in dem die ökologisch höchst wichtige Strategie des Recyclens weiterentwickelt wird.

Vorbei an der Zeche Waltrop mit Manufaktur, einer weiteren Erfolgsgeschichte, von der schon die dicht besetzten Parkplätze künden. Kein Zwischenstopp, wir müssen weiter zum neuen Kohlekraftwerk Datteln IV, für diesen Freitag hat sich Fridays for Future angesagt. Das Kraftwerk ist ein gigantischer Komplex in weiter Landschaft, der Schiffsladungen fossiler Kohle von allen Kontinenten verfeuert. Kohle, von der immer weniger der Verwendungszweck einsichtig ist. Die ursprüngliche Abnehmerin Deutsche Bahn will solchen Bahnstrom nicht mehr einsetzen. Die benachbarte Chemie schweigt. Alle Zufahrtstore sind unter polizeilicher Kontrolle, wissen die eigentlich, wozu sie hier was schützen? Reicht zu wissen, Fridays for Future muss ferngehalten werden? Am Kanal erlauben wir uns noch einen Blick auf die Dattelner Zentraldeponie, die um 10 m erhöht werden soll für weiteren Bauschutt, das Revier reißt sich weiter ab mit aller Konsequenz. Entsorgungssicherheit für die nächsten 10 Jahre soll auch in Dorsten und Marl bei errechneter Deponieknappheit durch Aufhöhungen hergestellt werden. Umnutzen, Wiederverwenden und Recyclen sind hier offensichtlich kein Thema.

Ich denke mich als Drohne, die über den neuen technisch verformten Landschaftsraum gleitet und sehe viele grüne Möglichkeiten für Neues, ein Raum, dem die Menschen fehlen, wenn nicht ... ja, ich sehe es von oben, es sind neue Schulen, eine Universität verbunden mit Ausbildungsstätten, die zugleich kulturelle Orte sind, an denen getüftelt, experimentiert, geforscht und gesponnen wird. Orte, die junge Menschen locken, hier zu bleiben oder gar zurückzukehren.

Diesen Ausflug im Anschluss an das Abschiedsfest für Manfred Walz im buntstift Langendreer verdanke ich Sabine, deren Vater für immer unten im Bergwerk verblieb, die in Lünen aufwuchs und nach der Verrentung in das Zechenhaus der Familie zurückgekehrt ist.

Ingrid Krau, ein Urgestein aus dem Ruhrgebiet, entflohen, aber im Herzen treu geblieben.

Marion Lillig

Zivilgesellschaft notwendig für Schutz der Geflüchteten

Die aufmerksame Leserschaft des *AMOS* wird sich an die Ausgabe 2|2019 mit dem Schwerpunkt „Flüchtlinge weggesperrt“ erinnern. Aus unterschiedlichen Blickwinkeln hatten sich mehrere Autoren und Autorinnen kritisch mit den neu geschaffenen Ankerzentren für Flüchtlinge auseinandergesetzt. Die sich damals bereits abzeichnenden Befürchtungen eines per Gesetz verordneten Lebens in solch einer Einrichtung werden nun allesamt bestätigt, schlimmer noch, sie wurden in manchen Einrichtungen übertroffen. Kurz nochmal zu den Fakten: eine Zentrale Unterbringungseinrichtung für Flüchtlinge (ZUE), so der Name in NRW, untersteht der jeweiligen Bezirksregierung. Diese vergibt den Betreuungsauftrag an einen Dienstleister im Rahmen eines Ausschreibungsverfahrens. Einige bekannte sind das Deutsche Rote Kreuz, European Homecare (EHC) oder die Malteser. Dem Verfahren zugrunde liegt eine umfangreiche Leistungsbeschreibung, die der potenzielle Betreiber zu erfüllen hat. Die entscheidungsrelevanten Inhalte für den Zuschlag werden von den Bezirksregierungen nur intern verhandelt, sind damit für die Öffentlichkeit nicht transparent.

Zunächst ebenso intransparent für Bürgerinnen und Bürger ist die Umsetzung der festgeschriebenen Anforderungen im Rahmen des übernommenen Betreuungsauftrages, will heißen, da es für alle Externen ein Betretungs-/Besuchsverbot der Einrichtungen gibt, findet der dortige Alltag in einer „Black-Box“ statt. Auskunft geben können nur die dort untergebrachten Flüchtlinge. Nicht unterschlagen möchte ich, dass die Landesregierung NRW in jeder ZUE ein unabhängiges Beschwerdemanagement eingerichtet hat, an das sich Flüchtlinge mit ihren Anliegen wenden können. Was sich zunächst gut anhört, entpuppt sich in einigen Einrichtungen als Mogelpackung und ist der Anlass für diesen weiteren aktuellen Erfahrungsbericht, den ich hoffte, nicht schreiben zu müssen.

Worum geht es?

Ausgehend davon, dass die Landesregierung ausdrücklich den Wert des Ehrenamtes als Ergänzung und Unterstützung der Betreuungsverbände in den ZUEen festgeschrieben hat, gründete sich an einem Standort ein Gremium aus Personen der Zivilgesellschaft und der örtlichen Wohlfahrtsverbände mit dem Ziel, den untergebrachten Flüchtlingen Angebote zu Kontakten in die Kommune, Informationen über Freizeitmöglichkeiten u.v.m. zu unterbreiten. Eine Zielsetzung war, den Menschen die Zeit der monatelangen, gesetzlich verordneten Untätigkeit, der Langeweile und des Wartens auf Entscheidungen zu erleichtern, die andere, bereits in einer Landesunterkunft Kenntnisse über die hiesige Lebenswelt durch persönliche Kontakte zu vermitteln. Bereits die ersten Treffen unter Beteiligung des zuständigen Betreuungsverbandes EHC machten dem „Beirat“ (so der erste Name) deutlich, dass die Bemühungen einer Kooperation eine Einbahnstraße waren. Unter Hinweis auf zu kleine Räume, personelle Ressourcen, versicherungstechnische Probleme, der Überwindung des Zugangsverbotes zum Gelände ohne ausreichende Autorisierung, gab es vom EHC wenig Entgegenkommen und es war

nicht möglich, Angebote innerhalb der ZUE zu installieren. Einen Ausweg sollte die Nutzung eines fußläufig zu erreichenden Gemeindehauses für ein geplantes, wöchentliches Kontaktcafé bieten.

Parallel dazu wurden die Aktiven aufmerksam von Bewohnern und Bewohnerinnen der ZUE wahrgenommen und persönlich angesprochen. Schnell wurde klar, dass es ein großes Bedürfnis der Flüchtlinge war, auf ihre teilweise unakzeptable Lebenssituation in der Einrichtung hinzuweisen und Unterstützung von außen zu bekommen. Eigene Beschwerden, so berichteten sie, seien ins Leere gelaufen. Nachdem sich Hilferufe dieser Art mehrten, suchten wir nach einer Lösung.

Das Prinzip der Beschwerdestelle einer ZUE basiert auf der Vorgabe, dass alle Beschwerden ausschließlich intern zwischen Flüchtling und Einrichtung mit Hilfe ihrer Vermittlung geregelt werden sollen. Nur, wenn das nicht gelingt, wird die Beschwerdestelle des Landes einbezogen und eine Konfliktlösung versucht. Ein Nachaußendringen von Klagen wird damit komplett unterbunden. Somit ist ein Flüchtling ausschließlich auf das Funktionieren der Beschwerdestelle angewiesen. Flüchtlinge berichteten nun, dass diese nicht, von dort gebe es keine Hilfe.

Daher bot der Gemeindepfarrer einen Raum für einen Austausch zwischen den Bewohnern und Bewohnerinnen der ZUE und ehrenamtlich Engagierten an. Ziel war ein Faktencheck. Es wurde nicht nur die Qualität des Essens beklagt, es ging um viel mehr: Ungleichbehandlung der Ethnien, diskriminierende Ansprache durch einige Mitarbeitenden des EHC, ein vom Einrichtungsleiter installiertes „Belohnungssystem“ für Wohlverhalten (Süßigkeiten, Bevorzugung bei der Anzahl der Zimmerbelegung etc.), sexistische Sprüche gegenüber weiblichen Bewohnerinnen, Androhung von Verlegung in weit entfernte ZUEen bei anhaltender Beschwerdeführung (im Fachjargon: „Störer“), Furcht vor Inanspruchnahme der Beschwerdestelle, da sie räumlich direkt gegenüber der Einrichtungsleitung lag und der Kontakt „registriert“ wurde, und nicht zuletzt negative Auswirkungen auf laufende Asylverfahren, wenn man sich über herrschende Zustände in Deutschland beschwerte. Der Abend kam einem Dambruch gleich und die Frustration war greifbar.

Vollends entsetzt über die geschilderten Geschehnisse waren wir, als uns Anwesende erzählten, dass ein Mitarbeiter der ZUE, ein sog. Sozialbetreuer, sie an der Teilnahme zu hindern versucht hatte mit den Worten: „Du bist ein Muslim, was willst Du in einer christlichen Kirche?“

Die Möglichkeit, die Betreuungsleitung des EHC direkt mit den Vorwürfen zu konfrontieren, wurde verworfen, da die vorausgegangenen Treffen des „Beirates“ inhaltlich ineffizient waren und so gut wie keine Einblicke in den tatsächlichen Alltag der ZUE zuließen. Ihr Tenor war bisher: die Menschen hier bei uns fühlen sich gut aufgehoben, Polizeieinsätze gab es noch nicht, das Wohnumfeld sei ruhig mit hoher Akzep-

tanz durch die Bürger und Bürgerinnen, die Betreuung durch die Angestellten des EHC sei intensiv und vorbildlich. Zu offensichtlich war nach diesem Abend die Diskrepanz zwischen den Berichten der Flüchtlinge und den Beteuerungen des EHC.

Im Ergebnis entstand der Entschluss, ein Protokoll anzufertigen und die zuständige Bezirksregierung (BR) um einen Gesprächstermin zu bitten.

Das Treffen endete mit der Zusage einer gründlichen Prüfung vor Ort und ggf. Aufarbeitung der Vorwürfe, die der BR nach ihrer Darstellung bis dato unbekannt waren. Inhaltlich wurde Stillschweigen vereinbart, was angesichts auch entstandener Personalfragen und des Datenschutzes akzeptiert wurde. Ein weiteres Ergebnis war die Einrichtung eines regelmäßigen, von der BR moderierten Gesprächskreises (die Bezeichnung Beirat lehnte die BR ab), mit dem Ziel einer Intensivierung ehrenamtlicher Einbindung. Glaubwürdig war und ist das Bestreben der BR, die Einrichtung korrekt zu führen und Standards in Bezug auf Menschenwürde und respektvollen Umgang zu garantieren. Doch wie konnten die zahlreichen Missstände dann überhaupt entstehen und so lange unentdeckt bleiben?

Betreiber der ZUEn sind hochprofitable Wirtschaftsunternehmen (vgl. dazu *AMOS* 2|2019 Prof. Nienhüser) mit niedrigem Lohnniveau in Bezug auf die Mitarbeitenden innerhalb der Einrichtungen und einer hohen Fluktuation. Beobachtbar ist die mangelnde fachliche Qualifizierung z.B. für die Aufgaben der „Sozialbetreuer“. Ein multikulturelles Team (darauf wird stolz hingewiesen) ist für sich allein kein Indiz für Fachlichkeit. Der Ordnungsgedanke, das Verwalten und das reibungslose Funktionieren dominieren. Die Teams sind streng hierarchisch aufgestellt, was eine Verantwortlichkeit des Einzelnen einerseits reduziert und andererseits ein hohes Maß an Mut und Selbstständigkeit erfordert, wenn er/sie sich gegen Vorgesetzte stellt. Und das ist der entscheidende Punkt: Der in einer Einrichtung, gleich welcher Art, herrschende „Geist“, bezogen darauf, wie man Menschen begegnet, ihre Würde achtet, ihre Schutzbedürftigkeit als Aufgabe ansieht, respektvoll handelt, sollte gemeinsamer Arbeitsauftrag sein. Das läuft dann ins Leere und kann intern von Einzelnen nicht aufgefangen werden, wenn die Leitung den Fokus eher auf Machtausübung und Kontrolle legt.

Mitarbeitende der Beschwerdestellen können ihre Aufgabe, Flüchtlinge zu schützen, nur mit einem hohen Maß an Mut, Empathie und Zivilcourage erfüllen, da sie zwischen Auftrag und den unterschiedlichen Interessen der Einrichtungsleitungen und der Bezirksregierung zerrieben werden. Der arbeitsrechtlich verankerte „Maulkorb“ erstickt weitere Initiativen. Das alles ist politisch gewollt und macht eine ZUE zu einem Teil der Abschreckungsmaschinerie.

Um die in unserem Grundgesetz verankerten Rechte aller Menschen auch für Flüchtlinge zu garantieren, bedarf es erstens mehr denn je der aufmerksamen Zivilgesellschaft, des unabhängigen Ehrenamtes, die Menschen in einer ZUE zu begleiten, ihnen eine Stimme zu geben, ihre Lobbyisten zu sein und ihnen die Hoffnung zu erhalten, dass ihre legitimen Bedürfnisse und Rechte gehört und nicht ignoriert werden. Und zweitens sollten wir uns unter Einbeziehung aller relevanten

gesellschaftlichen, kirchlichen und politischen Akteure und Akteurinnen dafür einsetzen, die einer demokratischen und freiheitlichen Gesellschaft unwürdigen Lager für Flüchtlinge zugunsten einer menschenwürdigen, kommunalen Unterbringung zu beenden.

Nachtrag: Im Oktober 2020 beschloss die Landesregierung NRW eine Neuausrichtung der Förderrichtlinie für die Sozialberatung von Flüchtlingen mit einer Absenkung der Förderhöchstbeträge, was zu einem Ausstieg der Wohlfahrtsverbände aus der Beratungsarbeit führen wird.

Marion Lillig, Soziologin und Familienmensch, findet, dass Jeder und Jede gesellschaftliche Verantwortung trägt und in ihre dunklen Ecken schauen muss.

David Schütz (Caritas Ostvest) erinnert unsere Lesenden an den alttestamentarischen Propheten Amos:

Der Prophet Amos war sehr rigoros in seiner Kritik an den Ausbeutern (z.B. European Homecare), daher dürfen oder müssen die Artikel im *AMOS* m.E. in dieser Tradition sehr deutlich sein: „Hört dieses Wort, die ihr die Armen verfolgt und die Gebeugten im Land unterdrückt! Ihr sagt: Wann ist das Neumondfest (meine Anmerkung: übersetze mit „Willkommenskultur“) vorbei, dass wir Getreide verkaufen, und der Sabbat, dass wir den Kornspeicher öffnen können? Wir wollen das Hohlmaß kleiner und das Silbergewicht größer machen, wir fälschen die Waage zum Betrug, um für Geld die Geringen zu kaufen und den Armen wegen eines Paares Sandalen. Sogar den Abfall des Getreides (meine Anmerkung: übersetzt mit „das Leid der Flüchtlinge“) machen wir zu Geld. Beim Stolz Jakobs hat der HERR geschworen: Keine ihrer Taten werde ich jemals vergessen ... So wahr dein Gott lebt, ... sie werden zu Boden stürzen und sich nicht mehr erheben.“ (Amos 8,4 ff.)

Michael Feindler

Eine Frage der Blickrichtung

Wir können es nur schwer ertragen –
doch, wie es dazu kam, verstehen.
Und sollte irgendwer nun sagen,
er habe das nicht kommen sehen,
was sich seit tausenden von Tagen
am Horizont zusammenbraute,
der muss sich heute ernsthaft fragen,
wohin er all die Jahre schaute.

Michael Feindler, von Wuppertal über Münster und Berlin nach Leipzig, Kabarett, Poetry Slam ...

Christoph Keienburg

„Wo wir sind, ist vorne.“

Für Volker Maria Hügel (Münster)
und Kay Kraak (Hamburg)

Solidarische Flüchtlingsarbeit als konkrete Friedenspolitik, die letzten 30 Jahre in 5.000 Zeichen. Geht das? Ich versuche es:

Sinnfällig wird sie etwa bei Tagungen: es gibt auch hier Kaffeepausen und Salatbüffets, alkoholfreies Bier und Rotwein, Flipcharts, ungelinktes Hantieren am Beamer und die unvermeidliche Feedbackrunde. Nur: Das Vibrieren in den Sälen, auf den Fluren, in den Nischen, das Freitagnachmittags anhebt und erst Sonntagmittags abebbt! Nur: Dass da querdurchdiebank Achtzehn- bis Neunzigjährige sich fetzen, empört, erheitert, erzürnt, in vier-, fünfstündigen Plenarsitzungen, aller Tagungsdidaktik zum Trotz.

Wen hat man im JPIC-Spektrum (*Justice, Peace, Integrity of Creation*) von Brokdorf über die Bonner Rheinwiesen, die Villigster Friedentage, Erlassjahr-Kampagnen und Kirchentagsresolutionen nicht alles kommen und gehen sehen! Und wer ist dann, nach einer Phase der „Solidarisierung“, nicht alles in die Karriere desertiert!

Hier, in den Sommern in Hamburg, Berlin, Frankfurt, bei den Zusammenkünften der Kirchenasylinitiativen unter dem Dach der BAG, bei Behördentagungen, workshops, Asylgipfeln der Flüchtlingsräte, und immer noch *hier im Advent*, beim Asylpolitischen Forum, einst in Mülheim, noch unter des Wolf-Dieter Justs (Justus) Ägide, später dann in Iserlohn, heuer in Villigst, immer noch das Rendezvous der Besessenen, der Angefixten, das Stelldichein der Zähnen, der Hungrigen, der Nimmermüden.

Die Zahnärztin, die Teile ihres Jahresurlaubs auf Lesbos verbringt, mit Extraktionen statt Exkursionen, der Superintendent im Ruhestand, der häufiger mit dem Kopf schüttelt als in den 40 Jahren seines Pfarrdienstes („Und das soll ein Rechtsstaat sein?!“), die nach einem Jahr Kirchenasyl akut Erschöpften (vom BAMF verlacht: „Wir hungern Euch aus“, von den Engeln behütet), die („Ewiggestrigt sagt Ihr? Sehr witzig!“) Ewigjungen von Pro Asyl mit ihrer ans Groteske grenzenden Versiertheit, die aus der nicht weniger kompetenten Kadenschmiede der GGUA (Gemeinnützige Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender e.V.) (geschart um den einzig nennenswerten Hügel im ganzen Münsterland), die aus Abschiebungsbeobachtung und Traumazentren, die aus Anwältinnenkanzleien und Internationalen Cafés.

Und nicht zuletzt die eigentlichen Magneten der Arbeit aus dem Umfeld der Beratungsstellen von Diakonie, Caritas und wie sie alle heißen: Die haupt- und nebenamtlichen BeraterInnen. Diese waren, sind und werden immer sein: Vernetzungschampions und ModeratorInnen, Schriftgelehrte und Gesetzeskundige, vor allem aber: Katalysatoren des *commitments*. Für Flücht- und Fremdlinge und das Geflecht von Ge-

meinden, Initiativen, lokalen Flüchtlingsräten, AnwältInnen, das um sie herum immer wieder neu sich webt.

Vermutlich sind sie es, in deren Dunstkreis, oder besser: Kraftfeld am Handgreiflichsten der Frieden errichtet wird. Sie sind von einer unfassbaren Unermüdlichkeit. Sie kennen das komplette ABC von Abschiebeschutz, Antragsfristen, Arbeitserlaubnis, Armleuchtern-in-den-Behörden bis zu den auch nach Jahrzehnten immer noch uneingelösten Versprechen eines vernünftigen Zuwanderungsgesetzes.

Anders als diejenigen, die neu hinzukommen und nach den ersten niederschmetternden Erfahrungen auf den Fluren der Ausländerämter alle dort Tätigen für grundböse Menschen halten, haben die hauptamtlichen BeraterInnen im Laufe der Zeit erlebt und



durchlitten, dass dem Asylsystem, innerhalb dessen sie tätig sind, eine Struktur von mehr oder weniger intendierter, jedenfalls aber in Kauf genommener Kränkung implementiert ist. Sie ist letztendlich der Spannung geschuldet, die sich den beiden antagonistischen Maximen verdankt: Dem individuellen Menschenrechtsschutz, der Hilfe für die Schwachen, Verletzten und Verletzbaren, der Hilfestellung für die Eroberung einer dauerhaften (und zwar nicht nur: Aufenthalts-) Perspektive auf der einen Seite – und der Abwehr, des universellen Verdachts, der Verhinderung von „Anreizen zum Nachzug“, der sublimen oder manifesten Abschiebungsandrohung, dem Gebot der Nicht-Integration und der seit Zwofuffzehn erneut wachsenden Zahl der diese Postulate flankierenden Maßnahmen auf der anderen.

Jedwedes Engagement für Flüchtlinge, verlässt es den privaten Rahmen, bekommt es mit diesem intrinsischen Dauerkonflikt zu tun.

Und dem Unfrieden, den es stiftet:

- im Innenleben der in den transitorischen Prozessen Festgehaltenen (Ankerzentren, Gutscheinsysteme, ad eternam wiederholte Befristung von Arbeitserlaubnissen und Auf-

enthaltstiteln, prekarierte Bildungs- und Wohnsituationen, etc.), die Fesselung ihrer Sozialgefüge in ewigen Provisorien (vgl. das endlose Trara um Familiennachzüge, der kafkaeske Eheschliessungspapierkram etc.), maW: in der systematischen Perpetuierung der Perspektivlosigkeit (sinnfällig in einem Vokabular, das sich nicht entblödet, Formulierungen wie „Duldung“ oder „Gestattung“ auf lebendige Menschen anzuwenden).

- bei den engagierten und wohlmeinenden MitarbeiterInnen (deren es zuhauf gibt) in staatlichen Institutionen, denen tagtäglich der absurde Spagat der doppelten Direktiven („Die sollen sich integrieren so gut, lautlos, schnell wie möglich!“ – „Die sollen verschwinden, so schnell es geht!“) aufs Neue in die e-mail-Maschinen gedroschen wird.

- und nicht zuletzt bei all denen, die sich „ehrenamtlich“ im Dschungel der Asylpraxis bewegen: Zwischen Antragsformularausfüllhilfestellung und „spaghetissimo“, Behördengängen und Residenzpflicht, Internationalen Cafés und Hausaufgabenbetreuung, Sprachunterricht und Dolmetscherdiensten, beim ÄrztInnenbesuch und im Kirchenasyl. Und die dann erleben: Mal gelingt was, mal können und dürfen, sollen und wollen Menschen Fuß fassen, die wir begleiten. Und mal sind die dann einfach verschwunden, auseinandergerissen, im Nirgendwo gelandet.

Die BeraterInnen sind diejenigen, die in diesem Dickicht der Ambivalenz, dem unter der Prämisse der Zuwanderungsanreizverminderung täglich neue Triebe zuwachsen, Schneiden und Breschen schlagen, mal mit der Machete (der Pressekonzferenz), mal mit der Nagelschere (der verschmutzten Emojis in der Amtspost). Sie durchforsten den Behördenwarrir, sie fräsen sich durch Antragsformulare. Sie kennen die Paragraphen von gestern, und sie ahnen die Regulierungen von morgen. Sie geben nicht klein bei. Sie haben immer noch die eine Telefonnummer notiert, die sonst nirgends verzeichnet ist. Sie verhandeln mit HausmeisterInnen und Inkassobüros, mit Ausbildungsbetrieben und Berufskollegs, mit Tafeln und AnwaltskanzleihilfInnen. Sie konfrontieren sich den Klagen der Engagierten angesichts von Behördenversagen und allzu willfährig verstopften „Ermessensspielräumen“, dem Zorn über schrappige Vermieterinnen und undankbare Mieter („Die Wohnung sah vielleicht aus! Dabei hatten wir alles frisch gestrichen!“), dem Frust über den vermeintlichen oder tatsächlichen Undank der „KlientInnen“.

Längst ist ihre Profession über jeden Zweifel erhaben, ihrer Engelsgeduld plus Sachkenntnis zollt man Respekt in den Amtsetagen, manch renitenter Sachbearbeiter, der nicht am Wohl sondern am Wehe einer Flüchtlingsfamilie sein Mütchen kühlen zu müssen meinte, fand sich schleunigst ins Archiv zurückversetzt. Gute AnwältInnen wissen, dass sie auch mal bei ihnen (und nicht nur umgekehrt) anrufen können, um sich auf den neuesten Stand zu bringen – up-to-date und geoacht, wie sie nun mal sind, die BeraterInnen, von den lichten Anhöhen des Münsterlandes (und mittlerweile auch den Düsseldorfer Rheinauen) aus.

Und ohne ihre politische Erfahrung liefe die enorme Energie des Ehrenamts, die nach wie vor die Flüchtlingsarbeit durchglüht und befeuert, zuweilen schlicht ins Leere.

Sie geben nicht klein bei.

Selbst angeschlagen zuweilen, zermüht und erschöpft, Sisyphos lässt grüßen, wissen sie, wie Jesaja es voraussah, mit den Müden zur rechten Zeit zu reden. Mit den Flüchtlingen, den Engagierten, den Behördenleuten. Um sich herum bauen sie den Frieden. Leute sind noch da, die längst weg sein sollten, das Berufskolleg ruft an: Abi! Sie hat's geschafft! Der Handwerksmeister bedankt sich für den Einspruch gegen die aufenthaltsbeendenden Maßnahmen bei seinem besten Mitarbeiter. Und vor Corona war mancher Verfahrensberater nicht vor Umarmungen oder „HighFive“ auf offener Straße gefeiert. Vertrauen halt.

In Villigst geben sie sich abends die Kante. Im Advent, da die Nacht sehr lang erscheint. Aber auch die hat, wie das schönste Adventslied von Bertolt Brecht zu sagen weiß, nur „zwölf Stunden, dann kommt schon der Tag.“

Und dann gilt wieder: Wo wir sind, ist vorne.

Christoph Keienburg ist Pfarrer in der ev. Lukasgemeinde Paderborn und z.Zt. Sprecher der Konferenz der Synodalbeauftragten für Flucht und Migration der westfälischen Landeskirche.

Lesetipps

Jean Ziegler – Ein seltener Sozialist, kein Sozialdemokrat
Eine Empfehlung für zwei aktuelle Bücher und eine DVD

Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten

München 2020, C. Bertelsmann Verlag, 143 S.
ISBN: 978-3-570-10423-1

Der Schweizer Soziologe (84) besuchte ein Jahr vor dem aktuellen Ausbruch des Brandes das griechische Flüchtlingslager Moria mit ca. 12.000 Menschen. Ziegler ist u.a. Vizepräsident des UN-Menschenrechtsrates („Recht auf Nahrung“), er war auf Lesbos zusammen mit Medico International und Pro Asyl. Sein neues Buch beklagt, wie die EU auf Lesbos das Asylrecht liquidiert und was die Menschenrechtsverletzungen für ganz Europa bedeuten.

Was ist so schlimm am Kapitalismus? Antworten auf die Fragen meiner Enkelin

München 2018, C. Bertelsmann Verlag, 127 S.
ISBN: 978-3-570-10370-8

In seinen vor zwei Jahren publizierten Antworten auf die Fragen seiner Enkelin belegt Ziegler Zweifel an einem gerechten, zukunftsfähigen kapitalistischen Ordnungssystem, er plädiert für die Macht der Utopie und erinnert an Jacques Rousseau („Ihr seid verloren, wenn ihr vergesst, dass die Früchte allen gehören und die Erde niemandem“) ebenso wie an die Überzeugung des Dichters Pablo Neruda, dass der Kapitalismus gestürzt wird („Sie können alle Blumen abschneiden, aber sie werden nie den Frühling beherrschen“).

Jean Ziegler. Der Optimismus des Willens

Ein Film von Nicolas Wadimoff, Lighthouse 2017, 93 Min.

In der aktuellen DVD wird ein intensives und privates Porträt dieses hochbegabten und aktiven Globalisierungskritikers gezeigt. Es wird u.a. daran erinnert, wie er 1964 in seiner Heimatstadt Genf Che Guevara kennenlernte; dieser schlug ihm seine Bitte aus, an dessen revolutionären Aktivitäten teilzuhaben. Che Guevaras Meinung war, Ziegler solle vielmehr in seinem Geburtsland Schweiz gegen den „Kopf des kapitalistischen Monsters“ kämpfen! – Die Dokumentation zeigt zudem Jean Ziegler (mit seiner Frau) auf einer Exkursion durch Kuba.

Albrecht Elsässer, Dr. phil. (Erziehungswissenschaften), 1944 geboren im Ländle, sog. 68-er, verschiedene Studienabschlüsse, Dozent, Lehrer im ZBW, aktiv u.a. in der Humanitären Cuba-Hilfe Bochum, wohnt in Castrop-Rauxel. Selbsteinschätzung: „Begünstigt“.

Ulrike Nefferdorf / Ulla Rothe / Wolfgang Dominik

„RETTEN STATT REDEN“

Im vergangenen August konnte die Ausstellung „RETTEN STATT REDEN“ nach Corona-Lockerungen im Luther-LAB gezeigt werden, begleitet von einem beeindruckenden Rahmenprogramm zum Thema „Zivile Seenotrettung“.

Am Tag der Eröffnung gab es auf dem Platz vor der Kirche ein Gummiboot zu sehen, 18 m lang, 4 m breit, für 120 Personen. Dieses Boot wurde auf dem Mittelmeer aufgegriffen, leer. Das bedeutet, die Passagiere haben diese Fahrt nicht überlebt.

Der Anblick dieses Bootes so wie die ganze Veranstaltung sollten dem Ziel dienen, uns allen klar und offensichtlich zu machen, was Seenot und Flucht für diese Menschen bedeuten. Wie realitätsblind sind PolitikerInnen, die von „Migrations-tourismus“ reden?

Ein ganzes Team aus Freiwilligen hat die Ausstellung für Besucher offen gehalten.

Für die, die nicht zu uns kommen konnten, wurde die Ausstellung buchstäblich auf den Marktplatz getragen, was wiederum zu interessanten Gesprächen mit Passanten und Passantinnen führte.

Es gab Musik von der Saz und Rap life. Es gab Texte über Flucht, geschrieben und gelesen von Geflüchteten. Es gab Dokumentarfilme über Seenotrettung, Diskussionen und Gespräche mit Aktivisten, das tief bewegende Theaterstück „Die Mittelmeermonologe“ über Erlebnisse auf der Flucht, Diskussionen und Workshops sowie den Spielfilm „Styx“.

Alles dies mit Erlebnisberichten von der Flucht, der Situation an den Grenzen, dem teils unmenschlichen Umgang mit Geflüchteten auf ihren Wegen über Wasser und Land. Mit teilweise kaum erträglichen und noch weniger vorstellbaren Bildern und Zeugnissen.

Ein stellvertretendes Beispiel: Jürgen Wolff und Wolfgang Dominik von der VVN-BdA gestalteten einen Abend in Corona-entsprechend „vollem“ Saal zum Thema „Ankerzentren“. Sie wiesen darauf hin, dass in jeder Minute des Abends 4 Kinder verhungern oder sie sterben an einfach zu behandelnden Krankheiten. Wenn ihre Eltern mit ihnen aus dem Hunger fliehen, kommen sie nicht weit. Jean Ziegler, der bekannte Schweizer Soziologe und UN-Beauftragte für Nahrungsmittel, schreibt, dass jedes Kind seinen Mörder kennen könnte, weil jedermann und jede Frau weiß, wer in den TOP-Etagen von kapitalistischer Profitwirtschaft und in den von ihnen abhängigen Regierungen sitzt und über Tod oder Leben entscheidet. Der blanke Zynismus ist es, wenn SprecherInnen aus der Regierung mitteilen, dass man ja nicht „alle“ Flüchtlinge, die wegen der wirtschaftlichen Misere in ihren Ländern fliehen, aufnehmen kann. Die SprecherInnen vergessen, dass ein Großteil der „wirtschaftlichen Misere“ bis hin zum Hungertod erst durch Handelsverträge mit Deutschland oder Europa verursacht worden ist. Dass wir ihre Küsten leer gefischt haben oder ihr Land für „unseren“ Blumenanbau oder Cash-Crops rauben. „Wirtschaftliche Misere“ muss mit „Hungertod“ übersetzt werden. „Wir“ treiben

einen exzessiven Waffenexport und zetteln Bürgerkriege in verschiedenen Ländern an oder unterstützen Halsabschneiderdiktaturen. Auch Kriegsflüchtlinge gelten nicht als politische Flüchtlinge. Die Devise scheint zu sein: Sollen sie vor Ort verhungern und in den Wüsten auf der Flucht verdursten. Schaffen sie es bis zur Küste, sollen sie im Mittelmeer ertrinken. Dass überhaupt über Seenotrettung diskutiert werden muss, ist die neue Normalität derer, die dauernd von Menschenrechten schwärmen, wenn es um bestimmte unliebsame Länder geht, aber schweigen, wenn die diktatorischen Türsteher Europas irgendwo in Afrika oder Asien Folter und Mord zur Alltäglichkeit machen. Wenn es unseren kapitalistischen Geschäften und militärischen Positionen und „unserem Wohlstand“ dienlich ist

Geraten die Flüchtenden nach oft jahrelanger Flucht und häufiger Lebensgefahr in die Ankerzentren, erleben sie dort Zustände und Einschränkungen ihrer fundamentalen Menschenrechte, die sie in Deutschland nie für möglich gehalten hätten. Rückführung auch in Kriegs- und Hungergebiete ist vom ersten Tag an das entscheidende deutsche Interesse. Moria zeigt das wahre Gesicht der „Wertegemeinschaft“.

Interessante und erhellende Einblicke und Informationen zu politischen Entscheidungen und Hintergründen, die umso dringender die zivile Hilfe nötig machen, wurden den Anwesenden vermittelt..

Die ökumenische Andacht, unter Beteiligung der in Langendreer ansässigen Kirchengemeinden, die uns an das Wesen der christlichen Humanität erinnerte.

Die emotional tief berührende Begegnung mit Martin Kolek von der Crew der Sea-Watch und sein Bericht über die Arbeit auf See und an Bord, seine Erfahrungen mit Leben und Tod.



Die Publikumsresonanz war sehr lebendig, sehr engagiert und wissbegierig, wie die interessierten Gespräche und Nachfragen zeigten. Eine außergewöhnliche Erfahrung für alle, die Teilnehmende waren.

An 23 Tagen wurden ca. 800 Veranstaltungsbesucher gezählt und ca. 4.000 Euro Geldspenden gesammelt

Den Veranstaltern Netzwerkwerk Langendreer, Naturfreundejugend, Seebrücke und allen beteiligten sonstigen Gruppen herzlichen Dank!

Ulrike Nefferdorf, Jg. 1944, seit Jahren in der Flüchtlingsarbeit aktiv.

Ulla Rothe, Voix des Sans Voix (Stimme der Nicht-Gehörten), Unterstützung von sozialen Projekten der Zivilgesellschaft in Westafrika und seit 2002 aktiv in migrations- (flüchtlings-) politischen Zusammenhängen

Wolfgang Dominik, Jg. 1944, seit seinem politischen Geburtstag am 2. Juni 1967 in der Friedensbewegung und antifaschistischen Arbeit aktiv.

Richard Kampmeier / Tabea Plathhoff / Vanessa Parc / Miriam Schmidt

Corona und Soziale Arbeit

Herausforderungen für Studierende und Mitmenschen in der Pandemie

*„Wer über gewisse Dinge den Verstand nicht verliert,
der hat keinen zu verlieren.“
(Gotthold Ephraim Lessing „Emilia Galotti“)*

Warum wir hier schreiben?

Weil wir in Bochum zu Fragen sozialer In- und Exklusion in Vollzeit einen Master studieren und gleichzeitig in Teilzeit berufstätig sind und weil wir – wie (fast) alle Menschen derzeit – unter Corona-Bedingungen denken, handeln, fragen, erleben, innehalten und uns aufregen. Dabei bringen wir aus unseren Bachelor-Studiengängen und Berufserfahrungen multiprofessionelle Zugänge und Einblicke in verschiedenste Berufsfelder der Sozialen Arbeit mit.

Dieses Studienjahr ist ein intensives, das uns Anlass gibt über zwei Dinge zu schreiben, die uns als Studierende betreffen und – noch viel wichtiger – unsere Mitmenschen:

Zum einen (1.) möchten wir auf die gegenwärtig schwierige Situation für Studierende aufmerksam machen.

Zum anderen (2.) müssen die, durch unsere im Frühjahr/Sommer durchgeführten Lehr-Forschungsprojekte deutlich gewordenen, teils drastisch verschlechterten Lebenslagen unserer Mitmenschen an die Öffentlichkeit.

Was wir sagen möchten.

(1.) Die Motivation ist im Keller! Wir befinden uns im zweiten Online-Semester, bei einer Master-Regelstudienzeit von insgesamt vier Semestern. Vorlesungen finden ausschließlich online statt, was zunächst kein Hindernis darstellen sollte, jedoch von einzelnen DozentInnen zum Anlass genommen wird, wenig bis keine Lehre anzubieten. Dabei lebt unser Studiengang von der gemeinsamen Erschließung und Diskussion inklusionstheoretischer und empirischer Themen. Wenn der studentische Austausch fehlt – und das ist gegenwärtig der Fall – kommt der Gedanke über einen Studienabbruch nicht nur einmal. Dazu kommen äußere Hemmnisse, wie die faktische Schließung der Hochschulbibliothek über Monate hinweg und mangelnde Digitalisierung. Dass Hochschule mehr ist als nur die Anhäufung von Wissen wurde uns in letzter Zeit deutlicher als je zuvor. Der größte Motivationskiller scheint letztendlich das Fehlen zwischenmenschlicher Begegnungen zu sein. Wer hätte gedacht, dass der gemeinsame Verzehr klebriger Mensanudeln einmal zum Kitt unserer Studierendengemeinschaft werden könnte?

(2.) Was aber unsere bedrohte Motivation fast nebensächlich erscheinen lässt, sind Erkenntnisse aus unseren Forschungsprojekten. Die Idee der Projekte ist recht eingängig: Studierende forschen unter verschiedenen inklusionstheoretischen und -empirischen Gesichtspunkten und Fragestellungen zu sozialer Teilhabe bezogen auf z.B. Behinderung, Armut, Krankheit, Erwerbslosigkeit und/oder Migration. So zeigt sich, dass auch im Kontext Sozialer Arbeit die gegenwärtige Pandemie als „Brennglas“ und „Teststreifen“ für soziale Un-

gleichheit sowie gesellschaftliche Missstände fungiert. Arbeit im Homeoffice ist zwar für einige weniger komfortabel als sich den Arbeitstag mit KollegInnen im Büro zu versüßen, noch ernüchternder ist das Homeoffice allerdings, wenn zum Homeoffice nicht nur die Arbeit sondern auch die Wohnung fehlt. Ob es eine Steigerung der existentiellen Notlage von Obdachlosigkeit gibt, wagte man kaum zu erwägen – dank Corona kennen wir die unliebsame Antwort nun. Obdachlose Mitmenschen sehen sich gegenwärtig einer Situation gegenüber, in der das Wenige, das sie ‚besitzen‘, zu nicht unerheblichen Teilen entfällt. Das „Schnorren“ auf der (nun menschenleeren) Straße, die Zusammenkunft mit Freunden und Familie in der (wiederholt versamlungsverbotenen) Öffentlichkeit, Lebensmittel- und Hygieneartikelpenden (die jetzt ausbleiben), die Übernachtung im Mehrbettzimmer in der Notschlafstelle (unter Aerosol-Kontrolle?). All das sind Dinge, die gegenwärtig für obdachlose Mitmenschen ersatzlos wegfallen und von Ungewissheit und Isolation ersetzt werden.

Auch die Forschungsergebnisse im Bereich der „Behinderterhilfe“ zeigten ein dramatisches Ausmaß sozialer Isolation: Durch Betretungsverbote von Werkstätten, aber auch stark regulierte Besuche in Wohnheimen, wurde Mitmenschen die selbstbestimmte Entscheidung über die Gestaltung sozialer Kontakte und der alltäglichen Tagesstruktur entzogen.

Apropos Selbstbestimmung – diese wurde Deutschlands SexarbeiterInnen politisch ganz schnell entzogen. Betätigungsverbot nannte sich das Ganze dann und wurde ohne Rücksicht auf Verluste von Existenz und Identität durchgesetzt. Ist natürlich doof gelaufen, wenn der eigene Beruf nicht „systemrelevant“ ist, oder?

Was wir vorschlagen.

Um das klarzustellen: Wir leugnen Corona nicht, tragen keine Aluhüte und haben uns auch keinen VerschwörungstheoretikerInnen angeschlossen, noch wollen wir durchaus sinnvolle Maßnahmen in Frage stellen. Aber: Die aufgeführten Missstände können und dürfen nicht unhinterfragt und unausgesprochen einfach verschwinden.

Daher haben wir folgende Vorschläge, die sich vor allem an die sozial- und hochschulpolitischen AkteurInnen unserer Gesellschaft richten:

Zum Ersten erfordert die dargestellte Situation eine politische Reaktion, die über Betretungs-, Betätigungs- und Kontaktverbote hinausgeht. Vielmehr bedarf es, mehr denn je, eines armuts- und krisenfesten Ausbaus des Sozialschutzes in Form einer ausreichenden monetären Grundversorgung.

Zum Zweiten ist eine gesicherte und angemessene Refinanzierung sozialer Dienste gegenwärtig von besonderer Bedeutung, um solidarisch, professionell, zielgruppenspezifisch und situationsbedingt flexibel agieren zu können. Es geht eigentlich um viel mehr (Prävention sozialer Not, ‚Blühhilfen‘

aus bedrängten Lebenslagen hinaus, ...), aber doch wenigstens darum, existentielle Bedürfnisse befriedigen zu helfen.

Drittens müssen sich die Hochschulgremien intensiver mit der Situation von uns Studierenden befassen, daher landet dieser AMOS auf dem Tisch, beim nächsten StuPa, Fachbereichsrat und Senat.

Bei allen sinnvollen Maßnahmen dürfen unsere Mitmenschen nicht vergessen werden, die keine gesellschaftliche Lobby haben und wenig Möglichkeiten, „laut“ zu sein und Gehör zu finden. Es braucht mehr Megafone, mehr Hingucken und mehr Zuhören!

Richard Kampmeier (Jg. 1993, Düsseldorf), **Vanessa Parc** (Jg. 1986, Gelsenkirchen), **Tabea Plathoff** (Jg. 1992, Bochum) und **Miriam Schmidt** (Jg. 1994, Bochum) studieren in Bochum an der Evangelischen Hochschule im vierten Semester den Master-Studiengang „Soziale Inklusion: Gesundheit und Bildung“. Im Frühjahr/Sommer 2020 haben sie sich hier in vier verschiedenen Lehr-Forschungsprojekten (zur Lebensbewältigung in Obdachlosigkeit, zu psychischer Krankheit bei Wohnungslosigkeit, zur Selbstbestimmung in der Sexarbeit und zum Reden von/mit/über behinderte/n Menschen) engagiert.

Lesetipps

Au Loong-Yu

Revolte in Hongkong – die Protestbewegung und die Zukunft Chinas
Berlin 2020, Verlag Bertz + Fischer
ISBN 978-3-86505-765-5

Au Loong-Yu hat 2011 im AMOS den 1wurf geschrieben, als Blick von außen. Durch Vermittlung von Peter Franke (Bochum, Forum Arbeitswelten) sollte und wollte er zu China von innen, von links-unten berichten, lange vor den heutigen Schlagzeilen „Neue Seidenstraße“ und „Umerziehung der Uiguren“. Au Loong-Yu schrieb als unabhängiger linker Publizist und Sozialwissenschaftler, von Hongkong aus. Spannend sind auch in 2020 seine damaligen Analysen: Die Korruption („Guanxi“) der Partei als herrschender Klasse, samt europäischer, also auch deutscher Unternehmen als Teil von Guanxi. Er warnte (3|2011): „Es ist allzu deutlich, dass dieser Status Quo eine Arbeiterklasse nicht tolerieren kann, die volle politische und Arbeitsrechte genießen will.“ – Aktuell ist Hongkong in Aufruhr, ist der Aufruhr „vom Westen“ gesteuert? Wir empfehlen dieses wichtige neue Buch. *Hartmut Dreier*

Florian Hurtig

Paradise Lost
München 2020, Oekom Verlag
ISBN 978-3-96238-203-2

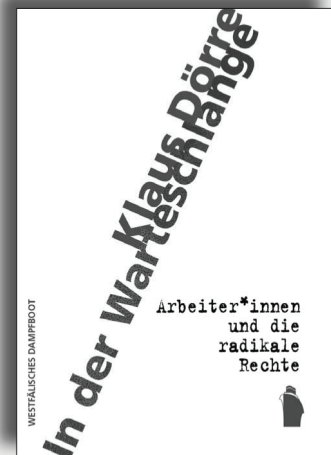
Florian Hurtig stellt in diesem Buch die Erzählung vom „Verlust des Paradieses“ vom Kopf auf die Füße. Es geht um die Vertreibung der traditionellen Lebens- und Produktionsweise der Urgesellschaften, die Verwandlung und den Raub der Allmende durch die frühen staatlichen Organisationen, das „Ende der Vielfalt“ und den „Siegesszug der Monokultur“.

Vernichtung von Boden, Kulturen, indigenen Einwohnern seit Tausenden von Jahren bis in die Neuzeit sind sein Thema. Ein Ausblick auf die Gegenbewegungen, etwa die Verteidigung der Lebens- und Produktionsweise gegen US-amerikanische Konzerne am Beispiel der Zapatisten, oder zum Beispiel die Wiedereinrichtung von gemeinsamen Baum- und Gartenkulturen sorgt in dem Buch für Vorstellungen, was zu tun wäre.

Hurtig ist als Baumpfleger zum Klimaaktivisten und Baumhausbewohner geworden, Gründer einer solidarischen Landwirtschaft, hat sich in Eigenarbeit historische und soziale Kenntnisse angeeignet, und nutzt den Begriff der „Polykultur“ nicht nur für den Anbau von landwirtschaftlichen Produkten, sondern auch für die sozialen Verhältnisse der Menschen untereinander. *Rolf Euler*

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOT

Dieses Buch kratzt am Tabu der Gewerkschaften!



Klaus Dörre

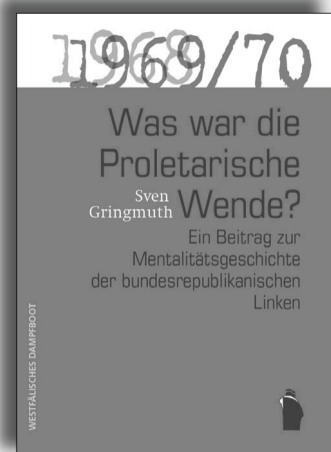
In der Warteschlange

Arbeiter*innen und die radikale Rechte

2020 – 355 Seiten – 30,00 €

ISBN 978-3-89691-048-6

Die Umfrageforschung belegt, dass vor allem männliche Arbeiter bei den Sympathisierenden rechtsradikaler Parteien und Bewegungen überdurchschnittlich präsent sind. Über die Ursachen wird in den Sozialwissenschaften wie auch in den politischen Öffentlichkeiten heftig gestritten. Gegen luftige Erklärungsversuche setzt Klaus Dörre Forschungen, denen er über 40 Jahre lang in Arbeitermilieus nachgegangen ist. Dokumentiert wird eine rechte Tiefengeschichte, die sich im Lauf der Zeit radikalisiert.



Sven Gringmuth

Was war die Proletarische Wende?

Ein Beitrag zur Mentalitätsgeschichte der bundesrepublikanischen Linken

2020 – 442 Seiten – 44,00 €

ISBN 978-3-89691-049-3

Andreas Müller

Der Staub von 41 Jahren – Ein Nachruf auf über 40 Jahre Gefangenearbeit

Schafft die Knäste ab!

Nach über 41 Jahren löst sich die Gefangeneneinitiative e.V. (GI) in Dortmund auf. Gegründet wurde sie im Februar 1979 von ehemaligen Gefangenen, StudentInnen der Sozialarbeit und politisch interessierten Menschen, als Teil einer bundesdeutschen Knastbewegung. Ihr Ziel: die Abschaffung der Knäste. Allen war klar: Das geht nicht von heute auf morgen, das wird ein langer Weg sein mit vielen Zwischenstationen wie die Abschaffung des Mutter-Kind-Knastes, denn Kinder sollen nicht hinter Gittern aufwachsen, Abschaffung des Jugendknastes, Entkriminalisierung von DrogengebraucherInnen, SchwarzfahrerInnen, Abschaffung der Ersatzfreiheitsstrafen, der U-Haft, der Abschiebeknäste für Flüchtlinge. Schritt für Schritt, mit langem Atem.

Das Bestreben der Gefangeneneinitiative war, die Straftaten zu „vergesellschaften“. Führen wir den Nulltarif im öffentlichen Nahverkehr ein, gibt es keine „Schwarzfahrer“ mehr. Das betrifft 11% aller Urteile in NRW. Ein Drittel der Insassen der JVA Plötzensee in Berlin saßen 2016 wegen „Erschleichung von Leistungen“ ein. Auch DrogengebraucherInnen gehören nicht eingesperrt, sondern brauchen je nach Bedarf soziale oder medizinische Hilfen. Etwa 70% der Inhaftierten in der JVA Dortmund sitzen wegen „Beschaffungskriminalität“, also wegen Straftaten, die zur Beschaffung der Drogen nötig waren wie Diebstahl oder Einbruch. In Deutschland wurden 40 – 50% aller Gefängnisinsassen wegen Vermögensdelikten zu Haftstrafen verurteilt, wie z.B. Ladendiebstahl.

Die Verurteilungen in NRW im Jahr 2015 wegen Raub machten 1,1% der Urteile aus; Tötungsdelikte 0,13%; sexueller Missbrauch 0,24%; Straftaten gegen das sexuelle Selbstbestimmungsrecht 0,86%. Die Knäste sind nicht voll mit Mördern und Vergewaltigern. Aber auch für diese Gruppen ist das Wegsperrn keine Lösung.

Utopie einer anderen Gesellschaftsordnung

Die Abschaffung der Knäste beinhaltet nach dem politischen Selbstverständnis der GI die „Utopie einer gewalt- und gewaltfreien Gesellschaft“. „Aus den Funktionen des Knastes lässt sich zwangsläufig sein Ziel, die Aufrechterhaltung der bestehenden Macht- und Herrschaftsverhältnisse, erkennen. Im Umkehrschluss bedeutet dieses, dass eine knastlose Gesellschaft nur eine macht- und herrschaftsfrei sein kann. Zentrales Ziel kann also für uns nicht sein, die Macht- und Herrschaftsverhältnisse zu ändern (etwa im Sinne der Diktatur des Proletariats), sondern sie generell in Frage zu stellen, sie letztlich versuchen zu überwinden. Denn: neue Macht- und Herrschaftsverhältnisse haben als geschichtliche Tatsache auch immer neue Knäste produziert, zumeist die alten übernommen.“ Mit dieser Haltung war die GI nahe an anarchistischen Gesellschaftsmodellen, obwohl der größte Teil der Aktiven mit allen Teilen der undogmatischen Linken sympathisierte.

Das Alltagsgeschehen: Sozialarbeit

Von Beginn an leistete die GI ganz normale Sozialarbeit: Wenn Menschen Hilfe brauchten, wurden Sie in ihren Belangen unterstützt. Es wurden hunderte Briefkontakte im Jahr mit Gefangenen geführt, allein 1988 zu 816 Gefangenen in 43 Haftanstalten. Besuche von Gefangenen im Knast, Unterbringung von Hafturlaubern, Entlassungsvorbereitungen waren an der Tagesordnung. Ein Schwerpunkt war der Haftentlassenenbereich, z.B. Unterbringung in vereinseigenen Wohngemeinschaften, später in Dortmund-Hörde das teilstationäre Wohnprojekt für bis zu 10 Haftentlassene, Unterstützung bei Ämtergängen, Wohnungssuche, Schuldenregulierung und Angebote von Freizeitaktivitäten. Daneben wurden Angehörige bei rechtlichen und sozialen Fragen und Problemen betreut.



Logo der Gefangeneneinitiative e.V. Dortmund

Diese „gegenseitige Hilfe“, unter denen die GI ihre Aktivitäten zusammenfasste, sollte den Gefangenen stärken und Kraft geben, gegen das Knastsystem anzugehen, auf Missstände aufmerksam zu machen. Unterstützend gingen die GI'lerInnen immer wieder auf die Straße, führten Hungerstreiks durch, ketteten sich vor Gerichten und Knästen an, besetzten Häuser oder organisierten Veranstaltungen und Informationsstände. Neben Flugblättern, Broschüren und Büchern erschienen 35 Ausgaben der vereinseigenen Zeitung „Die Mauer“, Presse, Funk und Fernsehen berichteten über ihre Aktivitäten.

Das Projekt „Kultur hinter Mauern“ organisierte Veranstaltungen in zahlreichen Vollzugsanstalten in NRW. Seit 1983 wurde eine „Büchertauschzentrale“ aufgebaut, die sich im Juni 2002 im „Kunst- und Literaturverein für Gefangene“ mit heute 25.000 Medieneinheiten von der GI organisatorisch gelöst hat und als Fernleihe Gefangene im In- und Ausland mit Literatur versorgt.

Der von der GI vor 22 Jahren initiierte „Ingeborg-Drewitz-Literaturpreis für Gefangene“ soll „Gefangene zur selbstbewussten literarischen Formulierung ihres Blicks auf Gesellschaft und Strafvollzug ermutigen“. Er wurde zuletzt

2018 unter der Schirmherrschaft von Thomas Galli vergeben, der erst vor kurzem mit seinem Buch „Weggesperrt. Warum Gefängnisse niemandem nützen“ als ehemaliger JVA-Leiter für Aufsehen gesorgt hatte.

Niederlagen

„Wir arbeiten im Kollektiv zusammen und wollen keine Hierarchie untereinander. ... Somit trägt jeder im Kollektiv Verantwortung für die anderen und für die gesamte Arbeit der GI.“ Dieser Anspruch wurde immer wieder eingefordert, scheiterte jedoch häufig an der Umsetzung. Persönliche Unstimmigkeiten und ideologische Auseinandersetzungen brachten die GI mehrmals an den Rand des Zusammenbruchs. Als schließlich im September 1990 die Veruntreuung von Geldern durch den Vereinsvorsitzenden, der zugleich auch die Kasse führte, in einer sechsstelligen Höhe offenkundig wurde, musste der Verein Konkurs anmelden. Anfang Oktober wurde dann ein neuer Verein gegründet: der „Initiativkreis Gefangenearbeit“. Nach ein paar Jahren, nachdem der Name „Gefangeneneinitiative“ wieder frei gegeben worden war, wurde wieder die alte Namensbezeichnung gewählt.

Weitaus schlimmer als die finanziellen Schäden war jedoch der moralische Schaden. Viele Aktive verließen enttäuscht die GI, die Außenstellen in Bochum und Hamm lösten sich auf, in der Folge spaltete sich die Buchfernleihe von der GI ab und gründete einen eigenen Verein. Alles wurde wieder kleiner und überschaubarer.

Der rote Großvater erzählt

1987 arbeiteten in der GI zwölf hauptamtliche MitarbeiterInnen mit der Unterstützung vieler ehrenamtlicher Kräfte. Doch in den 2000er Jahren ging das ehrenamtliche Engagement stark zurück. Zuletzt waren hier nur noch die Urgesteine Regina und Herbert aktiv, das Projekt Gefangeneneinitiative war geschmolzen auf die Unterbringung von Haftentlassenen, ein Antiquariat und das „Archiv Schwarzer Stern“.

Ich sitze mit Herbert im Ladenlokal der GI, um noch offene Fragen für meinen Artikel zu klären. Er erzählt, wie frustrierend sich die Knastarbeit heute anfühlt. Dass viele Knackies die Inhaftierung als Lösung gesellschaftlicher Probleme propagieren, oft eine rechtsradikale Weltanschauung vertreten. Alle gehörten eingesperrt, nur sie selber nicht.

Herbert war schon bei der Gründung dabei und arbeitet seit über 35 Jahren in der GI. Eigentlich ist es so, wie er es sich vorgestellt hatte: möglichst selbstbestimmt und autonom zu arbeiten und zu leben. Doch seinem Ziel, Abschaffung der Knäste oder zumindest über negative Reformen einen Einstieg in den Ausstieg zu machen, ist er nicht nähergekommen. Einigen Menschen hat er sicherlich geholfen, aber die Sozialarbeit und nicht das Systemverändernde war bestimmend. Resigniert hat er deshalb aber nicht. Wenn er sich mit jüngeren Menschen unterhält, kommt er sich vor wie der rote Großvater, der von damals erzählt. Und dazu hat er keine Lust. Noch vor einigen Jahren hat er sich aufgemacht, um junge Leute für die Knastarbeit zu begeistern, stieß aber nur auf Desinteresse. Es gibt zwar noch einige Gruppen mit anarchistischer Ausrichtung, die die Abschaffung der Knäste fordern. Aber

vor den Mühsalen der tagtäglichen Knastarbeit scheuen sie zurück.

In dem Augenblick geht die Tür auf, zwei junge Männer kommen herein und stellen sich als Mitarbeiter vom „Radio Nordpol“ vor, ein linkes Internetradio „für den (Sub-)Kultur- und Politikbetrieb“. Sie hätten gehört, dass die GI aufgelöst wird und wollten mal fragen, was das denn wäre, die Gefangeneneinitiative. Ob denn jemand für einen Beitrag was erzählen könnte. – Der rote Großvater soll erzählen. Von einem Verein, der mal aktiv für die Abschaffung des Strafens und des Wegsperrens eingetreten ist. Ein Ziel, für das er Jahrzehnte lang gekämpft hat. Dem er nicht nähergekommen ist. Und das heute wieder auf der Tagesordnung stehen sollte.

Was bleibt?

Der Staub eines Vierteljahrhunderts kam uns entgegen, als wir die Regale im Ladenlokal der GI abbauten. Sie stehen jetzt im Archiv der Geschichtswerkstatt. Das „Archiv Schwarzer Stern“ ist in das Dortmunder Stadtarchiv als eigener Bestand eingegangen. Der Teilnachlass von Peter Paul Zahl befindet sich im Fritz-Hüser-Institut. Und das Haftentlassenenhaus führt der „Verbund Sozialtherapeutischer Einrichtungen“ (VSE) weiter, allerdings als vollstationäre Einrichtung. Er ist übrigens auch ein basisdemokratischer und selbstverwalteter Betrieb.

Andreas Müller, Jg. 1956, war selber lange Zeit in der GI aktiv, deshalb mit vielen Emotionen behaftet und hätte lieber alles ganz anders geschrieben.

Lesetipp

Edda Lechner
Jesus – Marx – und Ich. Wege im Wandel. Eine Achtundsechzigerin in der Kirche
 Münster/W. 2020, LIT-Verlag
 ISBN: 978-3-643-14197-2

Edda Groth, verheiratet Edda Lechner, wird in die Geschichte widerständiger Christinnen im 20. Jahrhundert eingehen – wie Dorothee Sölle (1929 – 2003) oder Elisabeth Käsemann (1947 – 1977). – Edda, Jahrgang 1939, lebt unbeugsam aktiv wie immer. Geboren 1939 im Dithmarschen in Schleswig-Holstein, wurde es ihr in die Wiege gelegt, aufässig zu sein; schon ihre Familie verhielt sich in der Nazi-Zeit nicht konform. Edda wollte Missionsärztin werden (wie Albert Schweitzer), ging aber in die Theologie und wurde eine der ersten Frauen, die in ihrer Landeskirche 1967 fürs Pfarramt ordiniert wurde. Als Pastorin in der Simeonskirchengemeinde in Hamburg-Bramsfeld entwickelte sie eine emanzipatorische, moderne Gemeindefarbe im Stadtteil, auf „Du und Du“ mit Jugendlichen. Zunächst hatte sie anstelle des „Pastorats“ eine 1 ½-Zimmerwohnung bezogen; später gründete sie „Kommune S“. Sie heiratete Karl-Helmut Lechner, ebenfalls ein Hamburger 68er Pastor. Sie politisierten sich beim Stuttgarter Kirchentag und in den Protesten gegen den Krieg der USA gegen das Vietnamesische Volk. Das missfiel den „Höheren“ Rängen ihrer Landeskirche und deren Gleichgesonnen am Ort. Sie war im Visier vom Verfassungsschutz. Nach einer sog. „Mao-Predigt“ wurde sie 1974 von der Landeskirche entlassen, wie später auch ihr Mann. Beide gingen ihren Weg unbeirrt weiter: Sie traten aus der Kirche aus. Berufsverbote. Da hatten sie auch im öffentlichen Dienst keine Chance. Edda lernte Schlosserin, wurde gewerkschaftlich aktiv in Betriebsarbeit, eckte immer wieder an. Beide wurden aktiv in der sich neu gründenden Partei Die Linke und Vorläuferin. – Auf 419 Seiten: Ein Rechenschaftsbericht, mit Dokumenten, Flugblättern, (auch vielen eigenen) Fotos. Autobiografisch und zeitgeschichtlich: hoch interessant, ehrlich, stark. Neuerdings gibt es wieder einen Gesprächsfaden in der Nordelbischen Ev. Kirche.

Hartmut Dreier

Peter Strege

Menschenort 46

Der Wildhüter der Schachtanlage HANSA

Es galt ein Heftchen für die 825 Jahr-Feier zu erstellen. Festschrift! Warum die krumme Zahl? Der Bezirksbürgermeister wollte das so. Grund: In seiner Dekade sollte ein Jubiläum gefeiert werden. Ich sollte schreiben und Fotos machen. Gut, wenn er meint und niemand ihm widerspricht. So kamen wir in den Wald. Den Wald, der, obwohl der Teil Dortmund-Huckardes „Mailoh“ heißt, was einen Wald für alle meint und den Bürgern gestattete, frei Holz zu schlagen; nunmehr gehörte der Baumbestand zum Bergwerk, das einen eigenen Wildhüter, also Jagdaufseher, beschäftigte. Was bedeutet, dieser Mensch wohnte mit seiner Frau im Forst, in einer kleinen Kate nebst Garten und Remise mit kleinem Stall für ein Pferdchen mit Kutsche, und war als einfacher Hauer in den Büchern geführt. Diesen, als wunderbar in Huckarde geltenden, sattsam bekannten Menschen, der sehr zur Freude der Kinder diese bisweilen mit der Kutsche durch die Gegend fuhr, galt es zu besuchen und von seinem „Rübezahldasein“ zu berichten. Von der, wie der Bezirksvorsteher meinte, absonderlichen Lebenssituation als einem Bergmann, der im Wald lebte und Sorge dafür zu tragen hatte, dass bei den vom Pütt ausgerichteten Jagdvergnügen die Gesellschaften auch genug vor die Flinte bekamen.



Und wenn auch die Zeiten des aktiven Fasanenzüchtens und Schweinescheuchens vorbei waren, den Menschen gab es noch immer, und sein Auskommen bezahlte die Bergwerksgesellschaft.

Klein und schnuckelig. Fachwerk. Mitten im Tann. Waldweg und dunkles Gehölz. Ich kannte den Alten von seinen Kutschfahrten und wusste, dass ich ihm als der seltsame Künstler im Pumpwerk auch vom Hörensagen bekannt war. Gebückt von Jahren, die Frau im Hintergrund und sofort mit der Frage nach etwaigen Kaffeewünschen dazu gehörig, beide ein Paar, wie aus den Märchenbüchern meiner Kindheit. Klar war, ich durfte fotografieren und auf die Frage, wieso denn das Jubiläum so krumm an Zahl und Anlass sei, gab der fragende Waldmensch selbst die Antwort, indem er mit ziemlichem Bass laut lachend dem Bezirksvorsteher zuvorkam und tönte: „Du weißt genau, dass du in 25 Jahren nicht mehr da bist, oder zumindest nichts mehr politisch zu sagen hast, oder?“ Der Gemeindegewalt schwieg. Was blieb ihm auch anderes. Die Frau schenkte Kaffee nach und im Rausgehen rief mich der Waldmensch zurück. Siegfried wartete draußen und ich ging ins kleine Fachwerkhaus. Sorgfältig verschloss der Hausherr die Tür und bat mich, wieder Platz zu nehmen. „Sag

mal,“ begann er vorsichtig aber mit fester Stimme und legte seine rechte Hand auf meinen am Tisch abgelegten Arm, „Du bist doch ein anständiger Kerl? Haben mir die Menschen erzählt, auf deren Meinung ich etwas gebe. Wieso gibst du dich mit diesem Arbeitverräter ab? Der hat doch schon zu Zeiten, als er noch vor der Kohle stand, nichts getaugt. Und hinterher als Freigestellter hat er doch auch nur immer nach oben geschleift und nach unten getreten. Siegfried war nie so richtig einer von uns. Sei vorsichtig und lass dich mit dem nicht zu sehr ein.“ Seine Frau versuchte ihn ein wenig zu beruhigen, meinte aber auch: „Mein Mann hat schon Recht. Die bei der Partei,“ sie meinte die SPD, „wenn die erst einmal, also die meisten, wenn die erst mal einen guten Posten haben, dann sind die ganz schnell was Besseres und vergessen, wo sie hergekommen sind.“ „Ja,“ meinte er, „sie hat leider Recht und deshalb bleibt auch die ganze Solidarität und das, was man vielleicht mal hätte mit Arbeiterkultur bezeichnen können, auf der Strecke. Schade!“ Es war ein herzlicher Abschied und ich bin sicher, wir haben uns sehr gut verstanden!

Es war einmal ein Menschenort.

Das Paar, das dort lebte, ist schon lange verstorben.

Pferdchen und Kutsche waren schon vorher davon.

Das Haus mit der Remise wurde abgerissen.

Der Weg verkrautet und der kleine Garten ist längst Wald.

Die Schachtanlage gibt's nicht mehr.

Und immer noch stellt die SPD den Bezirksvorsteher.

Peter Strege, lebt seit 1982 im ehemaligen Pumpwerk der Emschergenossenschaft in Dortmund-Huckarde

AMOS-ABO

Ich bestelle ein AMOS-ABO

gegen eine Kostenbeteiligung von 20,- € pro Jahr.

Rechnungsanschrift (AbonentIn)

Name _____
 Straße _____
 PLZ/Ort _____
 Datum _____ Unterschrift _____

Lieferanschrift (falls von Rechnungsanschrift abweichend)

Name _____
 Straße _____
 PLZ/Ort _____

Zahlungsweise

- Verrechnungsscheck über 20,- € liegt bei
- Überweisung über 20,- € ist erfolgt
 am _____ an AMOS, Marl,
 IBAN: DE31 4305 0001 0033 3001 20
 BIC: WELADED1BOC

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche widerrufen kann. Laut Gesetz bestätige ich dieses Wissen mit meiner Unterschrift: _____

ausschneiden und einsenden an Hartmut Dreier, Adresse s. Impressum

Einhard Schmidt-Kallert

Können wir noch miteinander reden?

1 W W W F

Einen denkwürdigen November erleben wir, während ich diese Zeilen schreibe. Manche reden vom „goldenen November“. Unsere Städte, die Flüsse, der Kanal sind nicht tagelang in dichte, feuchte Nebelschwaden gehüllt wie sonst in dieser Jahreszeit. Stattdessen viel Sonnenschein, zuweilen spätsommerliche Temperaturen, Radfahrwetter, Wanderwetter, wann haben wir einen so ausgedehnten Spätsommer zuletzt erlebt? Kein Grund für einen November-Blues? Aber auch: Man würde so gerne ins Straßencafé gehen – wenn man nur könnte. So Vieles ist anders in diesem Corona-Herbst, während des Beinahe-Lockdowns. Am schwersten ertragen wir die Unsicherheit: Wie wird es weitergehen, im Dezember, kurz vor Weihnachten, wenn dieses **AMOS**-Heft in den Briefkästen liegt, was wird sein? Werden wir uns treffen können, gar zusammen feiern können im erweiterten Familienkreis? Steht noch dahin.

Gibt es denn gar keine guten Nachrichten in diesem Corona-Herbst? Ja, doch. Trump ist nicht wieder gewählt, und vielleicht haben wir im Frühjahr einen wirksamen Impfstoff. Und was ist mit aufmunternden Nachrichten aus unserer Region, aus dem Ruhrgebiet? Eher nicht. Mitte November berichteten die Medien über eine Studie der Wirtschaftsauskunftei CREDITREFORM zur Verschuldung der Privathaushalte in Deutschland. Demnach sind heute in den Revierstädten so viele Privatpersonen wie nie zuvor so hoch verschuldet, dass sie ihre Rechnungen nicht mehr bezahlen können. In Herne, Duisburg und Gelsenkirchen sind das an die 20% aller erwachsenen Einwohner. Schlechter sieht es nur noch in Bremerhaven aus. Wenn man dann noch an die Verschuldung der Kommunen denkt! Ist das der erfolgreiche Strukturwandel, der von den meisten Politikern immer noch so gerne beschworen wird? Ich lese in den Artikeln, die für dieses **AMOS**-Heft eingereicht sind: die Emscher-Lippe-Reise, die abgehängte Nordschiene des Ruhrgebiets. 100 Jahre Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk – auch nicht unbedingt ein Grund zum Feiern. Alles Berichte, die eher Tristesse als Aufbruchsstimmung verbreiten.

Was passiert mit der Ruhrgebietsgesellschaft in dieser Zeit der Pandemie? Soziologen und Sozialpsychologen sprechen – wenig überraschend – von der zunehmenden Spaltung und Fragmentierung der Gesellschaft. Spaltung nicht nur zwischen Arm und Reich, auch zwischen Alt und Jung, zwischen bildungsaffinen und bildungsfernen Haushalten, Spaltung zwischen Lebensstilen, zwischen Autofahrern, Radfahrern und den Menschen, die vor allem den ÖPNV nutzen. Oder schafft die Pandemie auch mehr Zusammenhalt, mehr Solidarität, wie Optimisten meinen?

Wenn ich in unserem Stadtteil durch die Straßen gehe, sehe ich achtlos weggeworfene Masken zwischen Bergen von Laub, die niemand weggefegt hat. Ich störe mich an noch mehr Sperrmüll, um den sich wochenlang niemand kümmert. Kürzlich hatte jemand einen Zettel mit dem Hinweis aufgeklebt: „Dies ist kein Abstellplatz für Müll.“ Schon gut, so ein

Zettel, denke ich, aber auch erschreckend, wie wenig die Bewohner desselben Stadtteils miteinander reden. Dass so etwas nötig ist! Trotzdem: Es gibt sie noch, die spontane Nachbarschaftshilfe des ersten Lockdowns, zum Beispiel Hilfe beim Einkaufen. An einer Straßenecke kann man Glückssteine abholen, eine symbolische Aktion, um den Zusammenhalt zu stärken. Gut gemeint, vielleicht hilft es sogar ein bisschen, die Stimmung aufzuhellen.

Keiner weiß so genau, welche Dramen sich in dieser Zeit hinter den Wohnungstüren abspielen, in beengten Wohnverhältnissen, in prekären Lebenslagen. Oder was die Einsamkeit mit allein lebenden Menschen unter den Bedingungen der Kontaktsperre macht.

Offene Konflikte brechen hin und wieder an unerwarteter Stelle aus. Vielleicht ist das ein Ventil. Überall auf der Welt, auch bei uns im Ruhrgebiet, hat der Fahrradverkehr in der Corona-Zeit enorm zugenommen. Vielerorts sind dann neue Fahrradwege und Fahrradtrassen ausgewiesen worden. Jetzt erleben wir vielerorts erbitterte Kämpfe zwischen Radfahrern und Autofahrern. Dürfen ein paar Parkplätze wegfallen für eine Fahrradstraße? Radfahrer und Fußgänger klagen über rücksichtslos zugeparkte Bürgersteige und Radwege. Muss denn in einem dicht besiedelten Stadtteil jeder sein Auto vor der Haustür abstellen? 500, 800, ja 900 Meter Fußweg zum Parkplatz wie in Amsterdam, Utrecht oder neuerdings auch in Barcelona, wo gerade viele Stadtteile autofrei geworden sind, geht das nicht auch, denke ich. Was genau meine autofahrenden Mitbürger denken, weiß ich, ehrlich gesagt, nicht so genau.

Kürzlich war ich bei Nieselregen mit dem Rad in einer dieser Straßen unterwegs, bei denen sich Autos, Straßenbahn und Radfahrer die Fahrbahn teilen. Vor mir in zweiter Reihe mit laufendem Motor parkend ein SUV. Erst blockiert er meine Sicht auf den Gegenverkehr, dann habe ich Mühe, ohne auszurutschen über die Straßenbahnschienen zu fahren. Ich bleibe stehen, klopfe an die Scheibe des SUV. Der Fahrer öffnet das Fenster, blafft mich an: „Was machst du mit meinem Auto?“ Gar nichts, denke ich, ich will nur reden. Der Fahrer ist aufgebracht, ich komme kaum dazu, ihm in knappen Worten zu erklären, wie sehr er mich und andere Radfahrer gefährdet. Mein Kontrahent brüllt mich an: „Du ... du Student ... du ...“ Und sagt noch etwas von Polizei. Da muss ich doch unwillkürlich grinsen. „Du Student“, das habe ich schon jahrzehntelang nicht mehr gehört. Es gibt wirklich schlimmere verbale Entgleisungen! Aber nachdenklich stimmt es mich doch. Fragmentierung, jeder lebt in seiner Blase. Miteinander reden fällt manchmal unendlich schwer.

Einhard Schmidt-Kallert, geboren 1949, Raumplaner mit Erfahrungen in vielen Ländern, insbesondere im globalen Süden, war zuletzt Hochschul-lehrer in Dortmund. Lebt seit Jahrzehnten (und jetzt als Rentner) in Essen-Frohnhausen.

Hans-Jürgen Abromeit

Keine Alleinvertretungsansprüche im jüdisch-christlichen Dialog

Der Nestor der Kirchengeschichtsforschung in Deutschland, Johannes Wallmann, hat festgestellt: „Was heute christlich-jüdischer Dialog genannt wird, ist bei genauerer Betrachtung kein Dialog, sondern ein Monolog, bei dem eine Vielzahl christlicher Stimmen sich um religiöse Annäherung an das Judentum zu überbieten sucht und untereinander streitet.“ Es ist hier nicht der Raum, die gesamte Entwicklung darzustellen, warum das so geworden ist. Einer der Gründe ist aber, dass es einige „Experten“ für eine jüdisch-christliche Normaldialogtheologie gibt, die versuchen zu definieren, was gedacht und gesagt werden darf und was nicht.

Dabei ist die jüdische Welt weitaus vielfältiger als die Stimmen, die sich in der orthodoxen Rabbinerkonferenz oder auch im Zentralrat der Juden in Deutschland artikulieren. Verdächtig ist es dabei, wenn sich konkrete politische Positionen aus angeblich rein theologisch begründeten Einstellungen ergeben, besonders verdächtig, wenn diese Positionen manchmal mit denen der jetzigen Netanjahu-Regierung in Israel zusammenfallen. Hier gibt es nicht selten politische Übereinstimmungen dieser Art von jüdisch-christlicher Theologie, die ja eher liberalkritischen Ursprungs ist, mit einer extrem fundamentalistischen Israel-Theologie, wie man sie in evangelikalen Kreisen findet.

Eine Öffnung der Perspektive

Allzu oft wird in diesen Kreisen ein christlicher Zionismus vertreten und nicht zwischen dem Volk Israel in biblischen Zeiten und dem heutigen Staat Israel unterschieden. Es wird so getan, als ergäbe sich aus der Bibel eindeutig eine Notwendigkeit, den heutigen Staat Israel in seiner konkreten Politik zu unterstützen. Dabei übersehen die christlichen Zionisten, dass es schon in der Bibel eine enorme Spannbreite von Auffassungen zum Land Israel, seinem Verheißungscharakter und den Vorstellungen vom Wohnen und Leben im Lande gibt. Völlig unkritisch wird über die innerbiblischen Entwicklungen und über das große Spektrum jüdischer Einstellungen auf der ganzen Welt hinweggesehen. Am Ende läuft „Solidarität mit Israel“ auf eine Unterstützung der Politik des Staates Israel hinaus.

Solch ein christlicher Zionismus, der die Forderung der alttestamentlichen Propheten nach Recht und Gerechtigkeit ignoriert und nur die Vorstellung von einem allein vom jüdischen Volk bewohnten Land Israel kennt, kann sich zwar auf einen Teil der deuteronomistischen Theologie berufen, hat aber den größeren Teil der biblischen Überlieferung gegen sich.

Der Umgang des Staates Israel und seiner Organe mit den Palästinensern lässt sich weder mit einer christlichen, noch mit einer jüdischen Ethik, die sich der Bibel verpflichtet weiß, vereinbaren. Auch wenn sich im Bewusstsein vieler Israelis heute andere Fragen, vor allem wirtschaftliche, in den Vordergrund schieben, ist und bleibt das drängendste Problem für

Israel der Umgang mit den Palästinensern. Ohne Lösung der Palästinenserfrage wird es für Israel auf Dauer keine Sicherheit geben. Aus der Sicht einer verantwortlichen politischen Ethik und aus unserer Geschichte ist uns als Deutschen eine Verantwortung für die Freiheit und Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger im Staat Israel aufgetragen, aber das darf nicht auf Kosten der Freiheit und der Sicherheit der Palästinenser und Palästinenserinnen gehen.

Ausgleich berechtigter Interessen

Es ist eine Tatsache, dass das Land Israel/Palästina eine binationale Geschichte hat und die Gegenwart binational geprägt ist. Es ist weder ethisch vertretbar, Juden ihr Land zu nehmen, noch Palästinensern ihre Heimat zu stehlen. Jede Lösung, die nicht riesengroße Ungerechtigkeiten, Menschenrechtsverletzungen und Völkerrechtsbrüche einkalkuliert, muss eine Lösung für beide Völker, für alle drei Religionen und für die im Land lebenden Minderheiten sein. Jeder Staat in Israel, der demokratisch sein will, muss jedem dort lebenden Menschen gleiche Rechte garantieren.

Buber ist mein Gewährsmann für einen nicht nationalistisch verengten Zionismus, der eine zukunftsweisende Linie des Alten Testaments aufnimmt. Bei Buber ist die Verbindung von Gott, dem Land Israel und dem jüdischen Volk stark, ohne notwendigerweise auch einen jüdischen Staat zu fordern. Diese Linie der Propheten hat auch die israelische Unabhängigkeitserklärung von 1948 aufgenommen und allen Bewohnern des Landes versprochen: Der Staat Israel „wird sich der Entwicklung des Landes zum Wohle aller seiner Bewohner widmen. Er wird auf Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden im Sinne der Visionen der Propheten Israels gestützt sein. Er wird all seinen Bürgern ohne Unterschied von Religion, Rasse und Geschlecht, soziale und politische Gleichberechtigung verbürgen.“

Bis heute warten diese großen Worte auf ihre Einlösung. Immer wieder melden sich jüdische Denker zu Wort, die Demokratie und Gerechtigkeit für alle Bürger des Landes einfordern. Es ist nicht wahr, dass ein Staat Israel nur als ein jüdischer Staat denkbar ist. Buber steht für einen Zionismus, der eine biblisch begründete Humanität in sein Zentrum stellt. Er hat übrigens die gleichen Forderungen nach Gerechtigkeit für die im Lande lebenden Araber vor und nach der Staatsgründung gestellt.

Hans-Jürgen Abromeit, Dr. theol., Bischof a.D., war u.a. als Pfarrer am Pastorkolleg der Ev. Kirche von Westfalen und seit 2001 Bischof der Pommerschen Ev. Kirche sowie seit der Gründung der Nordkirche 2012 bis 2019 Bischof für Mecklenburg Vorpommern. Sein Vikariat in Jerusalem war der Beginn einer unermüdlichen Arbeit für den Frieden im Heiligen Land, u.a. durch die Förderung von Kenntnissen und Begegnungen.

Text in Anlehnung an einen ausführlichen Beitrag des Autors zu diesem Thema im Deutschen Pfarrerblatt 10|2020.



Buchgeschenke

aus dem Peter Hammer Verlag



Yvonne Hergane
Später, sagt Peter
Illustrationen von Christiane Pieper
24 S., Pappe, ab 2
€ 14,- ISBN 978-3-7795-0645-4
Wer trödelt, sieht mehr von der Welt!



Will Gmehling
Freibad
Ein ganzer Sommer unter dem Himmel
160 S., geb., ab 10
€ 14,- ISBN 978-3-7795-0608-9
Deutscher Jugendliteraturpreis 2020



Anita Djafari, Manfred Loimeier (Hg.)
Nehmen Sie den Weg nach Süden
Eine literarische Reise nach Afrika
214 S., geb.
€ 22,- ISBN 978-3-7795-0628-7
Animierender Einstieg in neue Lesewelten



PETER HAMMER VERLAG

Mehr Infos zum neuen Programm: www.peter-hammer-verlag.de